

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Verlagsstelle: Berlin O 24, Mendenstr. 27
Verleger: Carl Schönbach 1908, 1928 und 1927 - Die Zeitung
erschient jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilprints Berlin

Verunglückt seid Ihr nichts - Vereintigt alles!

Kausgen- und Verbandsblätter sind an Otto Schönbach, Berlin O 24,
Mendenstr. 27 (Postfach 6380), zu richten. - Preisvertrieb
nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Anzeigenpreis: 4 Mark für die dreigespaltene Zeile

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Bilanzspiegel

Der Velvet-Trust.

Einer der bekanntesten Standardabschlüsse in der Textilindustrie, der Abschluß der Mechanischen Weberei zu Linsen, Hannover-Linsen, ist dieses Mal von der Gründung des sogenannten Velvet-Trusts stark beeinflusst. Wie die Mechanische Weberei zu Linsen seit fast einem dreihundertjährigen Jahrhundert zu den rentabelsten deutschen Industriegesellschaften gehört, so kann dem neuen Trust nachgesagt werden, daß sein ganzer Aufbau vorbildlich einhellig und gesund erscheint. Rückgrat des Trusts ist die genannte Linsener Gesellschaft. Die Herstellung von Velvet, baumwollenem Samt, wird in Linsen und in der Zweigfabrik Oggersheim (Pfalz) vorgenommen. In beiden Fabriken stehen rund 1900 Webstühle. Dazu ist 1927 die Velvetfabrik M. Mengers Söhne A.-G. in Berlin getreten, die Zweigbetriebe in Schwiebus unterhält. Abgerundet wird der Konzern durch die G. A. Fröhlich's Sohn A.-G., Warsdorf in der Tschechoslowakei. Die Warsdorfer Gesellschaft ist der größte tschechische Velvetfabrikant; sie stellt nebenher auch bedruckte Baumwolle her. Wie sich diese Konzentration auf die Gliederung des Arbeitsprozesses in der Zukunft auswirken wird, muß abgewartet werden. Die Arbeitsstellung war bisher bei der Mechanischen Linsen so, daß Oggersheim Halbfabrikate herstellte, die in Linsen weiterverarbeitet wurden. Ob dieses Schema auf Mengers und die Fröhlich's Sohn übertragen wird, steht keineswegs fest. Die Ausdehnung scheint auch in der Hauptsache von Konkurrenzgründen diktiert worden zu sein. Bekannt ist ja, daß die Reklamekosten bei Linsen und bei Mengers einen wesentlichen Teil der Unkosten ausmachen. Auf der Linie einer Reduzierung dieser Unkosten scheint sich der Rationalisierungsprozeß im neuen Velvettrust zu bewegen, von dem man sich, wie im Geschäftsjahr 1927 betont wird, große Erfolge verspricht. Linsen hat aus der Übernahme der Mengers noch den besonderen Vorteil, daß sie die gut ausgearbeitete Exportorganisation der Berliner Gesellschaft übernehmen kann. Die Mengers pflegte seit jeher das Ausfuhrinteresse, scheint sich aber dabei finanziell übernommen zu haben; jedenfalls hat die Mengers früher eine Fuston mit Linsen abgelehnt, was sie sich dann wahrscheinlich unter dem Druck finanzieller Verhältnisse im verflissenen Jahre bereut erklärt hat. Der Trust selbst hat sich in der Linsener Samtunion G. m. b. H., Berlin, eine neue Verkaufsgesellschaft geschaffen. Ob diese Gesellschaft die Exportorganisationen der früher selbständigen und jetzt zum Velvettrust zusammengeschweißten Unternehmen zusammenfassen wird, ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Um die Fuston durchzuführen, hat die Mechanische Weberei zu Linsen das Aktienkapital von 6,8 Millionen Mark auf 13,5 Millionen Mark erhöht. Das bei den Kapitalerhöhungen erzielte Aufgeld in Höhe von rund 6 Millionen Mark wurde dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt. Die Linsener Gesellschaft gibt den Kaufpreis für die Mengers und die Fröhlich's Sohn A.-G. nicht an. Man darf jedoch annehmen, daß der Kaufpreis für beide Gesellschaften zwischen 10 bis 12 Millionen schwankt. Die Kaufsumme ist zum wesentlichen abgetragen, was dafür spricht, daß die Gesellschaft große Teile der Einnahmen für die Abtragung ihrer Verbindlichkeiten, ohne die Gewinn- und Verlustrechnung zu beeinträchtigen, verwenden konnte. Auch die Errichtung der Berliner Verkaufsstelle dürfte erhebliche Mittel verschlungen haben. Unter Einfluß der verschiedenen Transaktionen hat sich die Bilanz der Mechanischen Weberei zu Linsen bedeutend verändert, wie aus der Entwicklung der wichtigsten Hauptposten hervorgeht:

	1913	1926	1927
	(in Millionen Mark)		
Aktienkapital	4,05	6,8	13,5
Gesetzlicher Reservefonds	0,405	0,7	6,7
Beteiligungskonto (Restlaufgebe)	—	—	5,85 bzw. 4,246
Bilanzsumme	11,74	16,41	34,79

Gerade die Steigerung der Bilanzsumme zeugt von dem Wachstum des Konzerns, ohne daß die Flüssigkeit der Bilanz gelitten hätte. Nach derselben Richtung weist auch die schnelle Abtragung der aus dem Kauf von Mengers und Fröhlich's Sohn entstandenen Restlaufgelder. Altem Anschein nach wird die Mechanische Linsen die Restbeträge, schon aus Zinsersparnisgründen, vor den festgesetzten Zahlungssterminen decken können. Wie bereits gesagt, haben die starken Anforderungen an die Mittel der Gesellschaft nicht auf die Gewinn- und Verlustrechnung abgefärbt:

	1918	1925	1926	1927
	(in tausend Reichsmark)			
Gesamtertrag	2866	1420	1646	2514
Davon sind:				
Geschäftsgewinn	2864	1413	1641	2507
Eingegangene, früher abgeschriebene Forderungen	2	7	5	6
Dividende	20%	15%	15%	15%
Lantime	178	102	103	167
Abreibungen	719	166	340	435

Die Dividendenentwicklung bei der Mechanischen Linsen bedarf einer Erläuterung. Die 15prozentige Dividende wurde im Jahre 1926 auf ein Aktienkapital von 6,8 Millionen Mark gezahlt. Nötig war dazu eine Summe von etwas über 1 Mil-

Die schlesischen Textilarbeiter im Kampf um ihre Existenz.

Die Lohnabkommen für Schlesien wurden zum 30. April dieses Jahres form- und fristgerecht aufgekündigt. Dem Verband Schlesischer Textilindustrieller E. V. wurden im weiteren Verlauf die Forderungen der schlesischen Textilarbeiter unterbreitet, die außer 17 verschiedenen Positionen als 18. auch die Erhöhung des Entlohnes um 12 Pf. pro Stunde vorsehen. Am 24. April fanden in Breslau Verhandlungen statt, die zu keinem Ergebnis führten. Die Verhandlungen wurden durch die Unternehmer dadurch außerordentlich erschwert, daß sie eine grundsätzliche Frage, betreffend die Leinenindustrie, in den Vordergrund schoben. Darüber hinaus war aber auch das Angebot der Arbeitgeber ein völlig unzureichendes. Die Textilarbeiterchaft ist nicht gewillt, sich diesmal mit einer geringen Zulage abspießen zu lassen, sondern verlangt vielmehr, daß ihre geradezu erschreckend niedrigen Löhne an die übrigen Löhne der Textilindustrie im Reiche angeglichen werden.

Eine am 25. April in Breslau tagende Konferenz, in der auch die Maschinisten und Heizer, die Handwerker, Metallarbeiter und Werkmeister vertreten waren, nahm zu dem Verhandlungsergebnis eingehend Stellung. Einmütig faßte diese Konferenz den Beschluß, die Kündigung in einer Reihe von Betrieben am 28. April einzureichen. Die Tarifverträge für Schlesien umfassen etwa 63 000 Beschäftigte. Die Kündigungszeit selbst beträgt eine Woche. Infolge der kurzen Vorbereitungszeit, die zur Verfügung stand, werden am 28. April zunächst etwa 10 000 Kündigungen eingereicht.

Die anwesenden Vertreter der Werkmeister, der Maschinisten und Heizer, der Handwerker und der Metallarbeiter erklärten sich mit der schlesischen Textilarbeiterchaft solidarisch, da auch bei diesen Berufen, mit Ausnahme der Werkmeister, die Löhne noch nicht geregelt sind.

Nach Lage der Dinge steht die schlesische Textilarbeiterchaft vor einem großen Kampf, vor einem Kampf, der ihr von den schlesischen Textilindustriellen aufgezwungen worden ist.

Beendigung des Tarifkonfliktes in Nordostdeutschland.

Für diesen Bezirk fällt eine von den Parteien vereinbarte Schlichtungsstelle am 13. April 1928 drei Schiedsprüche. Der erste Schiedspruch betrifft den Manteltarifvertrag und setzt den alten Tarif mit einigen Verbesserungen wieder in Kraft. Der zweite Schiedspruch regelt die Arbeitszeitfrage für Groß-Berlin und Nowawes. Dieser Spruch sieht eine reine Arbeitszeit von 48 Stunden vor. Diese kann, sofern es die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Betriebes erfordern, um drei Stunden verlängert werden. Ueberstunden darüber hinaus können nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung geleistet werden. Alle Ueberstunden über 48 Stunden sind mit einem Zuschlag von 25 Proz. zu bezahlen. Im dritten Schiedspruch wird die Lohnfrage für Groß-Berlin und Nowawes geregelt. Die vorgesehene Lohnerhöhung beträgt etwa 15 Proz. Des weiteren sieht dieser Schiedspruch eine Neugruppierung der einzelnen Branchen vor. Die Schiedsprüche sind von beiden Parteien angenommen worden. Somit ist der Konflikt in diesem Bezirk beendet.

Annahme des Manteltarifschiedspruches für die Lausitzer Tuchindustrie durch die Arbeitnehmer.

Eine am 26. April 1928 in Rottbus tagende Funktionärskonferenz der Gewerkschaften beschäftigte sich mit dem für die Lausitzer Tuchindustrie gefällten Manteltarifschiedspruch. Die Konferenz beschloß einstimmig die Annahme des Spruches. Die Arbeitgeber haben ihn abgelehnt.

1000 Mark. Die Verteilung einer Dividende von 15 Proz. auf das neue Aktienkapital von 13,5 Millionen Mark erfordert über 2 Millionen Mark. Soweit die Dividendenzahlungen als Ganzes in Frage kommen, hat die Mechanische Linsen die ausgeschütteten Gewinne verdoppelt. Die gute Entwicklung ist durchweg auf die Mechanische Linsen zurückzuführen, denn die Mengers A.-G. ist für 1927 dividendenlos geblieben. Abgesehen von der Fröhlich's A.-G. hätte das Linsener Unternehmen ohne die Kapitalerhöhung, wodurch es ja eigentlich Dividende für die Mengers A.-G. zahlt, zum mindesten eine Dividende von 25 Proz. ausschütten können.

Der Lohnstreit in der Pfalz.

Der für die pfälzische Textilindustrie am 14. April 1928 vom Schlichtungsausschuß Ludwigshafen gefällte Schiedspruch ist seitens der Arbeitgeber abgelehnt worden. Die Arbeiterchaft hat den Schiedspruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Ueber diesen Antrag finden Verhandlungen am 30. April in Speyer statt.

Der Tarifstreit in Württemberg.

Bekanntlich fällt der Schlichtungsausschuß Stuttgart am 14. April 1928 für die württembergische Textilindustrie einen Schiedspruch, der für die Arbeiterchaft untragbar ist und von dieser deshalb sofort abgelehnt wurde. Wie vorauszu-sehen war, haben die Arbeitgeber den Schiedspruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beim Schlichter in Württemberg beantragt. Verhandlungen über diesen Antrag finden am 30. April 1928 in Stuttgart statt.

Textildividenden.

Kammgarnspinnerei Schedewitz A.-G. in Schedewitz i. Sa. Die Verteilung einer Dividende von 4 Proz., rückwirkend zugleich für die Jahre 1924/26, ist vorgesehen. Die Vorzugsaktien erhalten 8 Proz. Dividende.

Kammgarnspinnerei Silberstraße A.-G. in Silberstraße bei Wiesenburg. Der im Geschäftsjahr 1927 verbleibende Reingewinn wird zur Ausschüttung einer Dividende von 5 Proz. (im Vorjahre 0 Proz.) verwendet.

Mt.-Ges. für Strumpfwarenfabrikation vorm. M. Segall-Berlin. Die Generalversammlung genehmigte eine Dividendenausschüttung von 8 Proz.

Kontordia-Spinnerei und Weberei Bunzlau und Marktflsa. Die Generalversammlung der Gesellschaft setzte die Dividende auf 10 Proz. fest. Der Reingewinn der im Jahre 1926 460 000 Mk. betrug, stieg im Jahre 1927 auf 740 000 Mk.

Vereinigte Kunstseidefabriken A.-G., Frankfurt a. Main-Keßlerbad. Aus dem Reingewinn der Gesellschaft, der für das Geschäftsjahr 1927 278 495 Mk. beträgt (im Jahre 1926 19 763 Mk.) ist eine Dividendenausschüttung von 8 Proz. vorgesehen. Die Gesellschaft zahlte in den letzten Jahren keine Dividende.

Gera-Greizer Kammgarnspinnerei A.-G. Der Reingewinn der Gesellschaft beträgt 1 010 000 RM. (im Vorjahr 780 000 Reichsmark) aus dem 15 Proz. Dividende (im Vorjahr 10 Proz.) verteilt werden.

Der Rundfunk im Dienste der Textilindustriellen.

Vor kurzem hat in Berlin durch den Rundfunk der Syndikus der Vereinigten Textilarbeiter, Dr. Klau, einen Vortrag über „Die Frau am Spinn- und Webstuhl im Zeitalter moderner Technik“ gehalten. Dr. Klau bezeichnete die moderne Textilindustrie als denjenigen Industriezweig, in dem die Frau sich beruflich betätigen könne. Die Textilarbeit ist nach Herrn Klau leicht, abwechslungsreich und für die Gesundheit der Schwangeren direkt zuträglich.

Daß Herr Dr. Klau im Rundfunk diese widerspruchsvolle und von Fachärzten widerlegte Auffassung an den Mann bringen konnte, ist für die Berliner Rundfunkleitung bezeichnend. Im übrigen, was versteht der Herr Dr. Klau von der Textilarbeit. Wahrscheinlich nicht viel mehr als der Esel vom Klavierpielen.

Welche Lohn- und Gehaltssummen sind pfändbar?

Wie aus einer Bekanntmachung im Reichsgesetzblatt hervorgeht, hat die Verordnung über Lohn- und Gehaltspfändungen eine Änderung erfahren. Die Pfändungsgrenze für Arbeits- und Dienstlohn ist ab 1. April 1928, wo das neue Gesetz in Kraft tritt, wie folgt festgesetzt: Arbeits- und Dienstlohn ist bei monatlicher Auszahlung bis zur Summe von monatlich 195 Mk., bei wöchentlichem Auszahlung bis zur Summe von wöchentlich 45 Mk., bei täglicher Auszahlung bis zur Summe von 7,50 Mk. der Pfändung nicht unterworfen. Darüber hinausgehendes Lohnvermögen kann bis zu zwei Dritteln gepfändet werden, während ein Drittel des Mehrertrages nicht pfändbar ist. Die Lohn- und Gehaltsempfänger tun gut, sich diese Änderung der Verordnung über Lohnpfändung genau zu merken. Diese Neuregelung ist zu begründen. Der pfändungsfreie Betrag des Lohnvermögens mußte angesichts der Teuerungsverhältnisse eine Erhöhung erfahren.

Die Märzausfuhr hat die Milliarde überschritten!

Die Außenhandelsbilanz hat im März eine nicht geringe Besserung erfahren. Diese liegt diesmal auf der Ausfuhrseite. Im März hat die Ausfuhr im reinen Warenverkehr die Milliardengrenze überschritten. Der Einfuhrüberschuss ging von 306 Millionen Mark im Februar auf 208 Millionen Mark zurück. Wenn auch der Monat März neben dem Oktober und Dezember immer ziemlich hohe Ausfuhrziffern zeigt, so war aber das diesjährige Ergebnis besonders groß. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr betrug im März 1 229 872 000 Mk. gegen 1 248 500 000 im Februar. Hiergegen betrug die Ausfuhr 1 022 070 000 Mk. und 942 257 000 Mk. im Vormonat. Die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren ist um 50 Millionen Mark geringer als im Februar, was auf eine Schwächung der Konjunktur hindeutet. Fertige Waren wurden für 17 Millionen Mark mehr eingeführt als im Februar. Die erfreuliche Entwicklung auf der Ausfuhrseite liegt fast allein bei den Fertigwaren. Führt Deutschland im Februar für 690 154 000 Mk. Fertigwaren aus, so war diese Menge im März auf 760 844 000 Mk. angelaufen. Ein Rückgang in der Fertigwarenausfuhr war nur bei den Gruppen Leder und elektrotechnische Erzeugnisse zu verzeichnen. Alle anderen Erzeugnisse weisen höhere Ziffern auf.

Die Märzausfuhr war die höchste seit der Stabilisierung. Sie steht auch den besten Kriegsergebnissen nur wenig nach. Eine erfreuliche Entwicklung, die um so mehr zu begrüßen ist, weil bekanntlich die Inlandskonjunktur leicht rückgängig ist und die deutsche Wirtschaftslage dadurch eine starke Stütze erhält.

Mächtiges Vorwärtsschreiten der Genossenschaften.

Der Konsumverein „Vorwärts“ für Dresden und Umgegend, e. G. m. b. H., erzielte in den ersten neun Monaten seines 40. Betriebsjahres (1. Juli 1927 — 31. März 1928) einen Umsatz von 35,6 Millionen Mark. Der Jahresumsatz wird voraussichtlich 47 Millionen Mark betragen. In der Berichtszeit sind 6380 Mitglieder neu beigetreten und 3998 durch Tod, Ausschluss oder Austritt ausgeschieden. Der Umsatz in Textil-, Schuhwaren und Hausrat war um 46 Proz. höher als im Vorjahre und betrug 7 958 000 Mk. Die Bäckereibetriebe stellten für 3 408 000 Mk. Brot und für 2 365 000 Mk. Weißgebäck her. Der gesamte Badwaren-umsatz stellte sich somit auf 5 773 000 Mk. Ferner gelangten an die Mitglieder 3 189 000 Liter Frischmilch im Werte von 905 000 Mk. zur Abgabe. Die Sparkassenabteilung hat sich in befriedigender Weise entwickelt. Beschäftigt werden 1693 Personen. Am Sonntag, dem 10. Juni 1928, veranstaltete die Genossenschaft anlässlich ihres 40jährigen Bestehens einen großen genossenschaftlichen Werbezug, der die Entwicklung und den Umfang der eigenen Genossenschaft, des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine und der Volksfürsorge zeigen soll.

Aus den Gewerkschaften.

Verbandsstag der Hutarbeiter.

Der Vorstand des Deutschen Hutarbeiterverbandes beruft, einer Bekanntmachung im Verbandsorgan „Der deutsche Hutmacher“ zufolge, den 15. ordentlichen Verbandstag für den 11. Juni d. J. nach Altenburg ein. 36 Delegierte aus den Ortsgruppen des Reichsgebietes werden auf ihm vertreten sein.

ENTDECKUNGSEHRT IN DIE SÄCHSISCHE SCHWEIZ

Mit Rudfad und Haherschuhen.

„Ah, du kumest uns dia zyt, der kleinen vogelline sanc, es grunet wohl die linde breit, zezgangen ist der winter lanc...“

Janold, die Zeit ist wieder da, in der uns nicht mehr die Katzen blau anlauten, wenn wir uns einmal über den Sonntag hinauswagen, um etwas „Natur zu genießen“. Ach, es hatte lange genug gedauert, ehe die Sonnenstrahlen wieder dicker und das Gezwickler des Heberwollens härter wurden. Und dann kam gleich Ostern mit, wo ja — wie die Dichter sagen — der ganze Winterrummel vorüber sein soll. („Vom Eise befreit sind Strom und Bäche durch des Frühlings holden, belebenden Blick!“ — Sehen Sie, da haben Sie's!) Kurze Zeit vorher war das Wetter noch sehr schlecht. Keine Wirtin marante: „Wie können Sie denn wagen, wegfahren zu wollen, obwohl die Zeitungen schreiben, daß es die ganzen Feiertage über regnen wird. Denken Sie doch, wenn Sie nach werden...“ Aber die Karbidungsrufe nach der Sächsischen Schweiz wurde angelegt, dabei bleibt es.

Ich packte meinen Rudfad, mit dem ich früher, als er noch neu war, viel Effekt erzielt hatte, vor allem weil er mir immer etwas schief auf dem Rücken hing. Das kam vom schlechten Raden, sagte man mir stets; heute ist es nicht mehr so schlimm.

Auch meine Haherschuhe holte ich herbei, ein paar prachtvolle, begehrte Treter, die gar nicht dadurch verloren, daß der eine vorn am Ende der Spitze einen großen Nadel trug. „Das tut nichts“, dachte ich, „denn wir sind doch keine Gentlemanwanderer.“ Aber ein merkwürdiges Bogen der Gruppe, mit der ich fahren wollte, sagte, daß man sich mit solchen Schuhen nicht mitnehmen würde.

In der Sächsischen Schweiz reiste in der Hauptsache nur vornehmiges Publikum, die Herren gingen dort meist nur in ihrem reinen Sommerkostüm zwischen den Schrammsteinen, bis hinauf nach dem Kuhnberg und der Edmundsklamm, die ja schon in Böhmen liegt, spazierten. Die Damen waren genau so elegant und trugen ebenfalls Sommerkleider. „Da kannst du doch nicht in solchen Schuhen...“

Nein, das konnte ich nicht, wenn es so ist. Ich hatte angenommen, in dieser Gegend würde man nur halbmilchiges Bergpöhl,

Politische Wochenschau.

Die Deutschnationalen gegen die industrielle Bevölkerung. — Der Wahlausruf der Sozialdemokraten. Die Wahlkaffit der Kommunisten. — Um das Verbot des KFB. — Folgen der Zerspaltung in Frankreich. — Eine lehrreiche Nachwahl in England.

Der Wahlkampf ist jetzt in vollem Gange. Die Parteien haben ihre Wahlausrufe veröffentlicht, an allen Orten sind Versammlungen und Kundgebungen, die Tagespresse beschäftigt sich lebhaft mit der Stimmung der Wählerschaft und mit den Aussichten der Wahl. Unter den bürgerlichen Wahlausrufen ist zweifellos am interessantesten der der Deutschnationalen. Richtiger gesagt, haben die Deutschnationalen nicht einen Ausruf, sondern gleich deren vier herausgebracht. Mit zweien wollen sie die städtische Bevölkerung gewinnen und hier reden sie in verschwommenen allgemeinen Phrasen; die beiden anderen Ausrufe wenden sich an die ländliche Bevölkerung, und in diesen enthüllt sich erst ihr wahres Gesicht. Die Deutschnationalen verlangen die weitere Erhöhung der Zollmauer, insbesondere Erhöhung der Zölle auf solche Lebensmittel, die vornehmlich vom Großgrundbesitz erzeugt werden. Die Steuern der besitzenden Klassen sollen ermäßigt, dagegen soll den Gemeinden das Recht zuerkannt werden, auch die geringsten Einkommen noch steuerlich zu erfassen. Sie fordern weiter die Einschränkung der Sozialpolitik und schließlich die Beseitigung des parlamentarischen Systems in seiner heutigen Form. Die Deutschnationalen wollen also nicht nur eine Hungerblockade gegen die industrielle Bevölkerung und gegen die Städte durchzuführen, sie möchten darüber hinaus das politische Leben in Deutschland auf den Stand zurückschrauben, den es vor dem Kriege hatte. Wie sich die Arbeiterschaft am 20. Mai gegenüber einer derartigen Partei zu verhalten hat, braucht nicht besonders erörtert zu werden.

Die Sozialdemokratische Partei fordert in ihrem Ausruf die Wähler und Wählerinnen auf, sich am 20. Mai gegen Militarismus und Kriegsgefahr, für Fortführung der Sozialpolitik, für eine gerechte Steuerpolitik, für die Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden zu entscheiden. Die Arbeiterschaft müsse die Republik vor den Angriffen des reaktionären Bürgertums schützen und die Durchsetzung der vollen Demokratie erkämpfen. Das Endziel des Kampfes müsse die Verwirklichung des Sozialismus durch die Demokratie sein. Vollerendet könne aber das große Aufbauprogramm des Sozialismus nur von einer einzigen geschlossenen Arbeiterpartei werden. Der Ausruf wendet sich im wesentlichen gegen rechts, an einer Stelle werden notgedrungen die Kommunisten erwähnt, von denen es heißt, daß sie die Arbeiterbewegung gespalten und ihre Fortsorbungsarbeit während der schwersten Kämpfe in die Gewerkschaften und Genossenschaften getragen haben. Der sozialdemokratische Ausruf vermeidet es also nach Möglichkeit, den bürgerlichen Parteien das häßliche Bild des Bruderkampfes im Arbeiterlager zu zeigen.

Unders die kommunistische Partei. Hier werden umgekehrt die bürgerlichen Parteien nur so nebenbei erwähnt. Dagegen wird für alles, was in der Welt Schlimmes passiert ist, die Sozialdemokratie verantwortlich gemacht. Nicht der Bürgerblock trägt nach ihrer Behauptung die Schuld an der jetzigen Zoll- und Steuerleggebung, am Zehnstunden-Arbeitszeitgesetz, an der Einschränkung der Erwerbslosenunterstützung, an den Mietsteigerungen und dem Abbau des Mieterschutzes, sondern einzig und allein die Sozialdemokraten. Wie dieser Ausruf, so auch die Agitation im Lande. In den Versammlungen der

Rechtsparteien sucht man vergeblich kommunistische Diskussionsredner, dagegen kommen sie gern in sozialdemokratische Versammlungen — weil ihre eigenen zum Teil schlechtere bejuchet sind —, nicht um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Front nach rechts zu bilden, sondern um die sozialdemokratischen Redner und Versammlungsbesucher zu beschimpfen. Der Reichstagspräsident Lobe berichtet aus den 32 Versammlungen, die er in der letzten Zeit abgehalten hat, daß sich immer das folgende Bild wiederholt: „Die kommunistischen Redner und Kolonnen werden in die sozialdemokratischen Versammlungen geführt, hier entwickeln sie ihren Eifer, hier greifen sie an, hier ist ihr nahezu einziges Kampffeld.“

Auch beim Verbot des Roten Frontkämpferbundes haben sie die gleiche Taktik angewandt. Auf Veranlassung des Vorsitzenden, des sozialdemokratischen Abgeordneten Henke, befaßte sich der Ueberwachungsausschuß des Reichstags mit der Verordnung des deutschnationalen Reichsinnenministers v. Reubell. Sozialdemokraten und Kommunisten hatten die Regierung zu einer Zurücknahme des Verbots aufgefordert. Das wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Inzwischen aber hatte das Zentrum einen Antrag eingebracht, wonach das Verbot „im gegenwärtigen Augenblick nicht zweckmäßig“ sei. Das hätte immerhin die Wirkung eines Einspruchs gegen das Verbot Reubells gehabt. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt, denn nun stimmten mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auch die Kommunisten dagegen. Man muß daraus also den Schluß ziehen, als ob die Kommunisten das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, dessen Durchführung durch den Einspruch der Landesregierungen allerdings verhindert worden ist, unter allen Umständen zu ihrer Wahlsparole machen möchten.

Die mit großer Spannung erwarteten französischen Kammerwahlen haben am ersten Wahltage noch keine Entscheidung gebracht. Rund 180 Sitze wurden endgültig vergeben, in 427 Fällen muß Stichwahl vorgenommen werden. Da in Frankreich auch für den zweiten Wahlgang sämtliche Kandidaturen aufrechterhalten werden können — zum Unterschied gegen die deutsche Reichstagswahl vor dem Kriege, wo nur zwischen den Kandidaten zu entscheiden war, die die höchste Stimmenzahl erhalten hatten —, so wären nur dann Arbeiterkandidaten durchzubringen, wenn sich Sozialisten und Kommunisten durch Zurückziehung der Kandidaten mit den geringsten Stimmen gegenseitig unterläßt. Ohne erst die von den Sozialisten angebotene Verständigung zu versuchen, haben die Kommunisten aber sofort, einer von Wostau ausgehenden Parole entsprechend, die Aufrechterhaltung ihrer Kandidaten auch dort beschlossen, wo sie bedeutend weniger Stimmen erhielten als die Sozialisten. Das bedeutet nichts anderes, als daß in diesen Kreisen weder ein Sozialist noch ein Kommunist, dagegen mit Sicherheit ein Reaktionär gewählt werden würde. Die Empörung unter den sozialistischen Arbeitern über diese unverständliche Haltung der Kommunisten war so groß, daß man in den meisten Kreisen den Beschluß faßte, um sie nicht der schwärzesten Reaktion auszuliefern, mit den linken Demokraten ein Stichwahlabkommen zu treffen. In dem industriellen Nordfrankreich, wo in 18 Kreisen der Sozialist mehr Stimmen als der Kommunist erhalten hat, wird die sozialistische Kandidatur

besseren Sitten nach weit hinter dem, was uns eigen ist, zurück wären. Nein, am Ende waren wir dann diejenigen, die aufstiegen.

Am Osterformabend war das Wetter unworschriftsmäßig schön. Mit einer Sonntagstrübsahrt bewaffnet, zogen wir zum Anhalter Bahnhof, von dem die Reichsminister immer abfahren, wenn sie in Genuß einer Konferenz haben, und auf dem auch jüngst König Amanullah mit Pauken und Trompeten empfangen wurde. Ja, der Anhalter Bahnhof ist immer sehr belebt.

Wir packten uns, ohne viel Geschrei, in ein Abteil der Dames-Rutsche, Richtung Dresden. Auf den Bahnsteigen der größeren Stationen, die wir dann passierten, fangen die Würstchen- und Limonadenverkäufer ihre melodischen Lieder.

Wir stärkten uns hier und da, denn die Lockrufe klangen zu verführerisch.

Abends, sehr spät, empfingen uns auf irgendeiner Station hinter Schandau Freunde, die sich bereits eher von ihrer Arbeit fortgestohlen hatten. Wir sagten ihnen, daß wir großen Hunger hätten und daß sie uns, unter Vermeidung aller Umwege, nach unserem Quartier bringen müßten.

Wir dringen tiefer in das sagenhafte Land ein.

Der Sonntagmorgen brachte Sonne in verstärktem Maße, so daß Eventualitäten (lies Regengüsse!) kaum zu fürchten waren. Aber über der Ebene, die wir bei Kruppen überschritten, wehte ein kühles Lüftlein, das uns beinahe die Haare vom Kopfe segte. Das steile Plateau, das sich hinter dem Ufer erhob, brauchten wir nicht, Gott sei dank, zu erklimmen; ein Fahrstuhl brachte uns, wie es sich gehört, hinauf. (Dank der fürsorgerischen Gemeinde! Es war wieder einmal bewiesen, daß die Sachsen gemüthliche Leute sind.)

Nun konnten wir einmal unsere Umgebung mustern. Es war die reinste Anstichspitzartengegend. Zu unseren Füßen, rechts, lag, nordwärtsmäßig, das „silberne Band“ des Flusses, darüber das „zerklüftete Ufer“, in der Ferne das „blaue Band der Berge“. Hier und da ein Dorf, dessen Häuschen zum Teil in Bodenfenstern, zum Teil auf Hügeln standen. Das vornehme Publikum, von dem schon die Rede war und das hier in Schwärmen auftrat, rief: O! und A!

In den Schranntäumen, die wir schließlich erreicht hatten, frühstückten wir unsere hartgekochten Omeletten und ließen uns den höhenwind über die Blagen wehen. Beste Festzelt sind durch kunstliche Stützen auch für den ungeübtesten Kletterer gangbar gemacht worden, so daß der Aufenthalt auf den Aussichtspunkten so belebt wie ein Kirmesplatz ist. Aber die wunderbare Landschaft, die wir sahen, tröstete uns und verwischte jeden anderen Eindruck.

Beim Weitergehen sahen wir zwei Männer mit einem Photoapparat. Der eine richtete ihn, der andere verglich auf einer Anstichspitzkarte, ob die Gegend auch noch stimme. So sieht man überall etwas und manchmal auch ein wenig Neues.

Am späten Nachmittag erreichten wir den Weichenfall. Eine elektrische Bahn verbindet ihn sowie den „Ruhstall“ mit dem Badeort Schandau. Der Fall befindet sich auf dem Grundstück eines Gasthofes. Der müde Wanderer, der auf dem Hofe sitzt und sich an einem Glase Milch abt, fragt erst noch einmal vorläufig, ob dies auch der Wasserfall sei? „Ja, natürlich...“ Alle 10 Minuten tritt ein Mann aus dem Hause und zieht an einer Schnur, die irgendwo befestigt ist. Dadurch geht ein Brett, hinter dem sich etwas Wasser ansammelt, in die Höhe und läßt ein paar Tropfen hinunterrieseln. Ist der letzte Tropfen abgeströmt, geht das Brett in seine alte Lage zurück, damit sich eine neue „Stut“ ansammelt.

O je, dachte ich, man sieht immer wieder etwas Neues. — Eine halbe Stunde weiter ab befindet sich der „Ruhstall“. Auf guten Wegen gelangt man allmählich bis zum Hochplateau, von wo man eine gute Fernsicht genießt. Wir kletterten dann noch in den verschiedenen Felspalt herab, bis uns die Dunkelheit ins Quartier trieb.

Im Lande des braven Soldaten Schweitz.

In der Frühe des nächsten Tages (das heißt nicht vor 9 Uhr; man muß sich doch zumindest ausschlafen können) ging es nach Böhmen hinein. Schon ehe die „Wilde Klamm“ und die „Edmundsklamm“ beginnt, wird die Gegend wildromantisch. Der Weg zwingt sich oft durch starke Felsabstürzungen hindurch; überall große Klöste, zum Teil in einer überraschend regelmäßigen Würfelform. Bevor wir uns anschlachten, das letzte Stück unseres Programms, nämlich den Besuch der „Wilden“ und der „Edmundsklamm“, zu erledigen, mittagsmahlten wir in dem Grenzort Rainwiesen. Im Lande des braven Soldaten Schweitz, dessen Abenteuer uns der Urtage Hase! (und nachdem dieser verloschene aller Schriftsteller an Wohlholer gestirbt war, sein Freund Banet!) ausgiebig berichtet hat, ist man kein Mittagbrot. Man mittagsmahlte. Desgleichen wird nicht zu Abend gegessen, sondern es wird genachtmahlte. Da diese „Mahlerei“ für hungrige Wanderer trotzdem ein angenehmes Geschäft ist, läßt sich gegen diese verschiedenen Bezeichnungen grundsätzlich nichts einwenden.

In der „Wilden Klamm“ und in der „Edmundsklamm“ türmen sich die Felsen noch etwas bedenklicher übereinander. Ein Flüßchen schlängelt sich hindurch, das allmählich etwas breiter wird, so daß die unwegbaren Stellen mit dem Kahn befahren werden können. Der Führer, in Erwartung von Trinkgeld, erklärt eifrig die Namen der in der Ferne auftauchenden spitzen Felsen: „Der Vater, die Mutter, die Kinder und die Schwiegermutter.“ In der zweiten

Profit.

I. Im kapitalistischen Wespennest.

Es schnürt und furcht im kapitalistischen Wespennest: der deutsche Unternehmer verlangt nach Preiserhöhungen. Der Steinkohlenbergbau in Rheinland und Westfalen hat einen Antrag auf Erhöhung der Kohlenpreise gestellt; auf den Getreidemärkten sind die Preise in den letzten Tagen stark heraufgegangen; die Post hat schon vor Monaten ihre Tarife erhöht und die Eisenbahn läßt keinen Zweifel darüber, daß sie ebenfalls in der nächsten Zeit die angekündigte Tarifierhöhung durchsetzen will. Die Wespennest verlangen Hontig; der Verbraucher soll bleichen. Seht das Unternehmertum seine Wünsche nach höheren Preisen durch, so wird eine neue, noch nie dagewesene Feuerungswelle ausgelöst, die Kaufkraft der Verbraucher wird weiter geschwächt, die Lohnforderungen werden unvorstellbar. Ein neuer Raubzug auf die Taschen der Arbeiterschaft ist im Gange. Demgegenüber wollen wir eindeutig feststellen, daß die Gewerkschaften nicht gesonnen sind, die beabsichtigte Kürzung der Reallohne der Arbeiter schweigend hinzunehmen. Die Lohnforderungen, die die Gewerkschaften in harten Kämpfen im Jahre 1927/28 durchsetzten, sind für das Unternehmertum tragbar. Der Profit wird dadurch nicht allzu sehr gedrückt. Eine Verteuerung der Lebenshaltung, eine Reduzierung der Reallohne, ist für die Arbeiterschaft aber nicht tragbar. Sie ist, um den Lebensstandard zu behaupten, gezwungen, in dem Augenblick neue Lohnforderungen anzumelden, wo die ausgelöste Feuerungswelle wirksam wird.

II. Quotenkampf bis zum Weißbluten.

Am ungerechtfertigtesten ist wohl das Bestreben des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats, die Kohlenpreise um 3 bis 4 M. pro Tonne zu erhöhen, weil ein vor kurzem

aufrechterhalten, in drei Fällen, wo das Stimmenverhältnis umgekehrt liegt, tritt der Sozialist jurist. Im ersten Wahlgang hatten die Sozialisten 15 Mandate erobert, die Kommunisten kein einziges. Wie das Verhältnis nach der Stichwahl aussehen wird, läßt sich nicht voraussagen. Dabei steht es fest, daß die Stellung der Arbeiterklasse in Frankreich wesentlich gefestigt worden wäre, wenn die von den Sozialisten angestrebte Zusammenarbeit mit den Kommunisten zustande gekommen wäre. Haben doch die Sozialisten 1,6 Millionen, die Kommunisten 1,1 Millionen Stimmen erhalten, die jetzt infolge der selbstmörderischen Moskauer Parolentaktik zu einem erheblichen Teile verloren gehen werden.

Was aber die Einigkeit der Arbeiterklasse vermag, das hat sich jetzt wieder an einem Beispiel in England gezeigt. Dort ist bei einer Nachwahl in Hanley der sozialistische Kandidat mit 15136 gegen 6804 konservative und 3390 liberale Stimmen gewählt worden. Die konservativen hatten gegenüber der Hauptwahl rund 12.000 Stimmen verloren, der Arbeiterkandidat konnte dagegen mit einer bisher noch niemals erreichten Mehrheit siegen. Bisher haben die Kommunisten in England noch nicht als selbständige Partei aufzutreten gewagt. Nunmehr aber hat die Moskauer Internationale beschlossen, für die kommenden allgemeinen Wahlen eine große Geldsumme nach England zu schicken, damit eigene kommunistische Kandidaten aufgestellt werden könnten. Das würde eine Spaltung der in England bisher noch einzigen Arbeiterschaft und eine Unterstützung der ärgsten Arbeiterfeinde, der Konservativen, bedeuten!

gefallter Schiedspruch eine für das Unternehmertum durchaus tragbare Lohnhöhung der Bergarbeiter vorsieht. Die Grubenbarone haben dem Reichswirtschaftsminister, von dessen Zustimmung die Kohlenpreiserhöhung abhängt, regelrecht die Pistole auf die Brust gesetzt: entweder du erhöhst den Kohlenpreis oder wir droffen die U s u h r n a c h den bestrittenen Gebieten um 50 Proz. Das ist die Pistole. Was bedeutet sie? Machen die Unternehmer ihre Drohungen wahr, so kommt es zu großen Zechenstilllegungen in Rheinland und Westfalen. Davon dürften ungefähr 80.000 Bergleute betroffen werden. Man will also 80.000



„Auf Deibel, stinkt das!
Nie wieder Bürgerblöcker auf den Ministeresseln!“

Familienväter auf die Straße setzen, wenn man die Kohlenpreise nicht erhöht. Gibt es keinen anderen Weg, um daran vorbeizukommen? Ja! Und das bemerkt eine kleine Schilderung, was es mit den bestrittenen Gebieten auf sich hat.

In den bestrittenen Gebieten kämpfen die deutsche und die englische Kohlenindustrie um Absatz. Es kommen vor allem die Gebiete an der Küste, insbesondere Hamburg, in Frage. Der Kampf wird geführt, indem die Händler sich mit den Preisen unterbieten. Die Engländer finanzieren den Kampf, indem sie die Löhne drücken und Zehntausende von Berg-

arbeitern einfach auf die Straße setzen. Wehrlos ist es ja auch in Deutschland. Die Gelder werden sowohl in Deutschland als auch in England dadurch aufgebracht, daß die dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat angeschlossenen Zechen pro Tonne abgesetzter Kohle einen Betrag an den Kampffonds abzuführen haben. Gegen diese Zahlungen, die sogenannten Umlagen, wenden sich in Deutschland besonders die Zechen, die keine Kohlen nach den bestrittenen Gebieten absetzen; es herrscht bei ihnen Stimmung vor, die mal wieder notwendig gewordene Erhöhung der Umlage nicht zu bewilligen. Das Syndikat will deshalb an der Erhöhung der unsympathischen Umlage vorbeikommen, indem es eine Erhöhung der Kohlenpreise fordert. Die Allgemeinheit, die verbrauchende Industrie, die Verbraucher sollen den Konkurrenzkampf in den bestrittenen Gebieten bezahlen.

Natürlich kann dieser wahnstinnige Kampf in den bestrittenen Gebieten nicht ewig geführt werden. Beide Seiten sind auch davon überzeugt, daß früher oder später eine Verständigung über Absatz und Preis erfolgen muß. Bei dem gegenwärtigen Kampf handelt es sich aber um die Quotenfrage. Jeder will jetzt in den bestrittenen Gebieten möglichst viel Kohle absetzen, um dadurch eine gesicherte Quote, einen garantierten Absatz in den bestrittenen Gebieten zu erhalten, wenn der Kohlenfriede hergestellt ist. Dieser Quotenkampf wird auf Kosten der Arbeiterschaft seit langem geführt und er soll jetzt verstärkt auf Kosten der Allgemeinheit geführt werden. Die rheinisch-westfälischen Grubenbarone verlangen nichts anderes als die Mittel, den Quotenkampf in den bestrittenen Gebieten bis zum Weißbluten auszutragen. Dadurch werden aber nur die deutsch-englischen Gegensätze verschärft. Daran hat die deutsche Wirtschaft kein Interesse. Der Reichswirtschaftsminister soll den Preiserhöhungsantrag der Gruben ablehnen und ihnen sagen, daß sie so bald wie möglich zu einer Verständigung mit den Engländern kommen sollen. Jeder Tag, an dem die Verständigung früher erzielt wird, erspart uns Millionen.

III. Ueberflüssige Auspöterung.

Wie aber Preiserhöhungen gemacht werden, zeigt der vorläufige Abschluß der Reichspost. Als die Post die Tarifierhöhung ankündigte, verwies sie auf ihre schlechte finanzielle Lage; im Etat 1927 fehlten ihr angeblich 300 Millionen Mark für unbedingt notwendige Ausgaben und sie behauptete, daß, selbst wenn die verlangte Gebührenerhöhung 139 Millionen Mark Mehreinnahmen erbrächte, sie immer noch mit einem Defizit arbeiten müßte.

An dieser Stelle haben wir seinerzeit behauptet, daß die Reichspost mit falschen Zahlen operiere und daß ihre Angaben nicht stimmen. Jetzt ist die Gebührenerhöhung ungefähr 9 Monate in Kraft und die Einnahmen der Post zeigen, daß wir mit unserer Behauptung Recht gehabt haben. Hatte die Post früher behauptet, daß sie 300 Millionen Mark für notwendige Ausgaben aufbringen müsse, so sehen wir jetzt, daß sie von diesen 300 Millionen Mark angeblich unabweisbaren Ausgaben nicht weniger als 86 Millionen Mark zurückstellen konnte. Ueber ein Drittel des seinerzeit angegebenen Mehrbedarfs hat sich als überflüssig erwiesen. Ueberflüssig erweist sich auch die Gebührenerhöhung. Diese sollte 139 Millionen Mark erbringen. Nach dem Verlauf der ersten 9 Monate zeigt sich aber, daß an Mehreinnahmen 280 Millionen Mark herauskommen werden. Die Post hat sich also um 88 Proz. geirrt. Sie hat uns mit einer unnötigen Besteuerung belastet.

„Das erwerbstätige Indien.“

„Eine Studienreise des Vorsitzenden des Deutschen Textilarbeitervereins“

lo betitelt sich ein Buch, welches demnächst im Verlag des DGB erscheinen wird. Das Buch unterscheidet sich durchaus von jenen Büchern, die uns bisher über das Wunderland Indien unterrichtet und uns nur von den Schätzen und Reichtümern dieses Landes erzählt. Aus Indien holte man seit Jahrhunderten Gold und Silber und Gebrauchsgüter aller Art. Es war seit Jahrhunderten das Ziel jener Beutemacher, die auf Kosten anderer Völker Reichtümer erwerben wollten. Das indische Volk, unterjocht von einer Fremdherrschaft, wird in der schlimmsten Weise ausgebeutet,

und es ist zweifellos ein Verdienst des Deutschen Textilarbeitervereins, daß er durch seine Vertreter den Schleier gelüftet hat, der die grenzenlose Ausbeutung des indischen Volkes vor der sehenden Welt verdeckte. Gewiß, schon längst vor uns hat Macdonald im englischen Parlament die Ausbeutung des indischen Volkes geäußert. Verschiedene Schriftsteller haben ebenfalls die Schuld Englands am indischen Volk wiederholt der Kritik unterzogen. Aber diese Bücher stellten in der Regel nur Tatsachen fest, ohne auf Ursachen und Wirkungen einzugehen. In dem uns vorliegenden Buch werden aber die wirtschaftspolitischen, die kulturellen und gesellschaftlichen Zustände einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Aus diesem heraus wird das Buch erst recht wertvoll, weil es uns über die Ursachen und Art der Ausbeutung und deren Wirkung vertraut macht. Es ist selbstverständlich, daß der Kampf der indischen Arbeiterschaft gegen die Ausbeutung, sowie den Gewerkschaften ein breiter Raum gewidmet wird. Jedenfalls wird das Buch in der deutschen Arbeiterschaft eine gute Aufnahme finden, da in diesem Buch der Arbeiterschaft aufs neue bewiesen wird, daß nicht allein das Vorkommen aller Naturschätze den Menschen das Leben erleichtert, sondern nur dann, wenn die Völker durch innere Solidarität auch die Kraft in sich haben, diese Naturschätze gegen Raub und Habgier zu schützen vermögen. Im nachstehenden bringen wir einen Abschnitt aus dem sehr lesenswerten Buch, das zweifellos auch den Arbeitern der Bruderorganisationen sehr willkommen sein wird. Eine ausführliche Besprechung behalten wir uns vor.

Die Redaktion.

zum Rohstofflieferanten des britischen Imperialismus herabgedrückt. Die Folge des imperialistischen Eingriffs war zunächst unmittelbar, daß die vielen Millionen Gewerbetreibenden des Landes ihr Brot verloren und zurückgestoßen wurden in die ohnehin überfüllte Landwirtschaft, in der sie nunmehr als Anhängel und überzählige Kostgänger mitlebten und den Nahrungsplatzraum des Kleinbauernums verringerten.

Auch in Europa wurden einst bei der Entstehung der modernen Fabrikunternehmungen zahlreiche Kleinbetriebe und Handwerke lahmgelegt. Aber die Menschen, die dadurch ihrer bisherigen Erwerbstätigkeit beraubt wurden, fanden in der Folge eine andere, oft auch ähnliche Beschäftigung als lohnarbeitende Proletarier in der Industrie, die ihre bisherigen Daseinsgrundlagen zerstörte. Wie ganz anders in Indien! Dort wurde nicht das heimische Handwerk von einer heimischen Industrie abgelöst, die das Handwerkeraut als Proletarier in sich aufnahm und ernährte, sondern die indischen Gewerbe mußten sterben zum Vorteil und Nutzen einer außer Landes in England gelegenen Industrie. Und so war die soziale Folge für die Betroffenen nicht wie in Europa eine Umstellung in der Art der Beschäftigung, sondern eine Freisetzung ohne andere Betätigungsmöglichkeit als die der Anklammerung an die in kleine Partzellen geteilte Landwirtschaft.

Unter den alten Gewerben Indiens war es insbesondere das gewaltig entwickelte und ausgebreitete Textilgewerbe, das im ganzen Orient großen Ruf genoss, an dessen Unterdrückung England gelegen war.

Beim damaligen Stand der Technik in Europa war nämlich das indische Spinnrad und der indische Webstuhl — beide bedient von Menschen, die durch Generationen und Jahrhunderte in diesen Fertigkeiten geübt waren, durchaus in der Lage, den Wettbewerb mit der englischen Textilindustrie des Bezirkes Lancashire siegreich zu bestehen. Sie mußten also durch Verbote und Behinderungen für immer lahmgelegt werden. Eines der ältesten Gewerbe der Kulturmenschen mußte sterben, die Menschen, die es ausübten, in den Abgrund bodenlosen und brutalen Elends hinabgestoßen werden, damit die Konkurrenzindustrie des Eroberlandes sich des Marktes bemächtigte.

Als erster Schritt zur Niederämpfung dieses indischen Gewerbes wurde demselben die Ausfuhr seiner Erzeugnisse verboten, und andererseits für die englischen Textilfabrikate und insbesondere für diejenigen der englischen Textilindustrie völlig freie Einfuhr erzwungen. Es ist das bekannte System der Sicherung händlerischer Vorteile durch militärische Machtmittel, gleich dem System der China auferlegten „einseitigen Verträge“.

„Kamm sehen wir die „Riesenschlange“ und den „Steinpliz“. Aus den Uferpfatten rieseln kleine Wasserfälle: „Dö sind noch jung; dö müßen noch wackeln,“ meint der Fährmann in breitem Böhmisches. Aber wenn wir ihm ein Trinkgeld versprechen, wird er uns einen größeren vorführen. Wir kommen bald an einer Stelle vorbei, wo wir dasselbe erleben wie am Tage zuvor beim Beuthensfall. Wir wollten eben anfangen zu zitiern:

„Aus den Urnen lieblicher Rajaden
Sprang der Ströme Silberchaum...“

aber da hatte der Wasserfall schon wieder aufgehört zu funktionieren. Umsonst wollten wir jedoch Schiller nicht zitiern.

Schließlich kamen wir nach Harnstreichchen, einem mondänen Badeort von etwa 10 bis 12 Häusern (es können auch einige mehr sein) und 15 Verkaufsständen, wo man Ansichtspostkarten selbstet. Hier liegen wir uns wieder über die Elbe setzen und schaukelten gemächlich nach der dem mondänen Badeort gegenüberliegenden Behnstation zu.

In Dresden angekommen, suchten wir unseren Zug und fanden dort schon jeden Platz doppelt besetzt. Aber am Ende erreichten wir auch wieder den Anhalter Bahnhof. Ich angelte nach meiner Fahrkarte, um sie dem Mann an der Sperre in die Hand zu drücken.

„Es möchte mich sehr verdrüßen,“ murmelte ich, indem mir der brave Soldat Schweiss und seine Abenteuer einfielen, „es möchte mich sehr verdrüßen, wenn ich meine Karte verloren hätte.“ Meine Begleiter tanzten schon längst hinter der Sperre auf und ab und winkten aus Selbststräften. Ich mußte aber erst mit dem rotbemühten Mann, der für meine Sache zuständig war, eine Konversation unterhalten und ihn in das Geheimnis, das mich beehrte, einweihen. „Nachzahlen!“ sagte der Rotbemühte. Dann sank ich meinen Freunden, die eben die Sperre durchbrechen wollten, um mich zu befreien, in die Arme. Berlin hatte uns wieder!

„Unus“.

Entwicklung und Grundprobleme der indischen Arbeiterbewegung.

Erste Anfänge.

Als die Engländer sich Indiens bemächtigt hatten, war es ihre nächste Sorge, die hochentwickelten und im ganzen Orient seit Jahrhunderten berühmten indischen Gewerbe und Kunstgewerbe teils für den Handel ihrer East Indian Company zu beschlagnahmen, den größeren Teil aber in rascher Folge zugunsten der englischen Konkurrenz-Industrie zu zerstören. Indiens selbständige Volkswirtschaft, in der Gewerbe und Landwirtschaft sich ergänzten, mußte zu existieren aufhören, damit der große indische Kontinent zum agrarischen Hinterland der britischen imperialen Wirtschaft werden konnte, in welcher das „Mutterland“ den Industriebezirk, das Handelsdepartement und Finanzzentrum darstellt. So wurde Indien, das seit Jahrhunderten selbst seine gewerblichen Erzeugnisse in die anderen Länder Asiens exportiert hatte, gemaltam

Aus der Textilindustrie.

Berichte aus Fachtreffen.

Deutsche Baumwollindustrie in Amerika. — Direkte Käufe bei den Farmern geplant?

Unter Führung des deutschen Industriellen Theodor Schwarz ist vor kurzem in New York eine Delegation eingetroffen, die die Verhältnisse in der amerikanischen Baumwollindustrie an Ort und Stelle studieren will. Ingesamt vertreten die Teilnehmer der Abordnung 1 Million Baumwollspinnern und Unternehmungen mit insgesamt 50 000 Arbeitern. Von seiten der deutschen Spinner ist ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß in den U.S.A. keine Kredite für die deutsche Baumwollindustrie aufgenommen werden sollen; die deutschen Unternehmungen seien finanziell gut fundiert. Hingegen beabsichtigt man, evtl. modernste Maschinen zu kaufen; vor allem aber sollen Verhandlungen mit den amerikanischen Farmern zwecks verbilligtem Rohbaumwolleneinkauf angeknüpft werden. Die deutschen Spinner verfolgen das Ziel, die unnötige Verteuerung des Rohbaumwollpreises durch die Mäckergebühren zu beseitigen und hoffen durch direkte Einkäufe die spekulativen Einflüsse fürchter auszuschalten.

Expansion der Mechanischen Kammgarnwebereien Gebrüder Berglas. Uebernahme der Heyne Textilwerke.

Die Verhandlungen zwischen der Firma Gebrüder Berglas, Mechanische Kammgarnwebereien, und den Heyne Textilwerten A.-G. sind zum Abschluß gekommen. Die Ueberleitung der Fabriken in Oritz, Gera und Reichenbach auf die Firma Gebrüder Berglas wird in Kürze erfolgen. Herr Willy Heyne tritt in die Geschäftsleitung der Firma Gebrüder Berglas ein. Die Tätigkeit der Deutschen Kammgarn A.-G. als Verkaufsgesellschaft, unabhängig von der Firma Gebrüder Berglas, bleibt durch diese Transaktion unberührt. Die Heyne Textilwerte A.-G. sollte im Vorjahre nach der Gründung mit etwa 5 Mill. Mk. Kapital ausgerüstet werden. Sie hatte die Betriebe des Heyne-Konzerns auf dem Fusionswege übernommen.

Glanzstoff-Bemberg.

Das Interesse Loewensteins an den Vereinigten Glanzstofffabriken wird nach seinen eigenen Angaben auf 14 Proz. des Aktienkapitals (vor der Erhöhung) beziffert. Weiter sei seine Gruppe mit 10,5 Proz. am Bemberg-Kapital interessiert.

(Profil! Fortsetzung von Seite 107.)

IV. 5 Prozent = 13 Prozent.

Man sollte annehmen, daß sich die Verantwortlichkeit durch die eigentümlichen Irrtümer bei der Reichspost warnen läßt. Man sollte auch annehmen, daß die bei der Reichspost leitenden Beamten, die für diesen Irrtum verantwortlich zeichnen, sofort aus dem Reichsdienst entlassen würden, weil sie sich als unfähig erwiesen, zum mindesten fahrlässig gehandelt haben. Alles das geschieht nicht; im Gegenteil, die Reichseisenbahngesellschaft will das Kunststückchen nachmachen.

Hier sagt man, die von der Eisenbahn verlangte Tarifierhöhung mache nur 5 Proz. aus. Dann würden schon die verlangten 250 Millionen Mark Mehreinnahmen eintommen. Wie stehen aber die Dinge? Von den 250 Millionen Mark Mehreinnahmen sind nach den Plänen der Reichseisenbahn 167 Millionen Mark durch den Güterverkehr aufzubringen. Die Eisenbahn lehnt aber eine Erhöhung der Ausnahmetarife ab und will nur eine Erhöhung der Normaltarife vornehmen. Wertmäßig gerechnet machen aber die Normaltarife 55 Proz. und die Ausnahmetarife 45 Proz. aus. Legt man den Berechnungen diese Tatsache zugrunde, so müssen die Tarife, um 250 Millionen Mark Mehreinnahmen zu erzielen, nicht um 5 Proz., wie die Reichseisenbahn glauben machen will, sondern um gut 10 Proz. erhöht werden. Da aber infolge der Tarifierhöhung der Verkehr von der Reichseisenbahn zu dem Kraftwagenverkehr usw. abwandert, kommt die Reichseisenbahnerwaltung mit der Erhöhung von 10 Proz. gar nicht aus. Will man bei einer Tarifierhöhung rund 167 Millionen Mark im Güterverkehr erzielen, so erweist sich eine Erhöhung der Normalgütertarife im Umfange von mindestens 13 Proz. als notwendig.

Diese Belastung der Wirtschaft, die zugleich Belastung des Arbeitsmarktes ist, kann nicht getragen werden. Sie muß zurückgewiesen werden, schon aus dem Grunde, weil die Kalkulation der Reichseisenbahn dem Rechenfehler der Reichspost ähnelt, wie ein Ei dem andern.

V. Patriotisch — bis zur Exportprämie.

Katastrophale Preissteigerungen sind aber auf den Getreidemärkten im Gange. Die Ernte 1927 ist in Deutschland mengenmäßig ausreichend, qualitativ aber sehr schlecht ausgefallen. Besonders schlecht war der Roggen, der zur menschlichen Ernährung nicht brauchbar ist und in die Futtermittel wanderte. Wir haben gegenwärtig in Deutsch-

land eine ausgesprochene Roggennot. Um die deutsche Ernährungswirtschaft mit genügendem Roggen zu versehen, erweist sich als durchaus notwendig, zum mindesten die übersehten Roggenzölle außer Kraft zu setzen. Dadurch würde man die Einfuhr billigen Roggens erleichtern. Der deutschnationale Reichsernährungsminister Schiele, den man mit Recht als Minister gegen die Volksernährung und für die Ernährung der Großagrarier bezeichnet, denkt gar nicht daran, die Zölle aufzuheben, zu suspendieren. Er ist noch nicht einmal bereit, das System der Einfuhrschneine vorübergehend außer Kraft zu setzen. Durch die Einfuhrschneine wird die Ausfuhr von deutschem Roggen gefördert. Mit ihrer Hilfe erhalten die Großagrarier Ausfuhrprämien ungefähr in Höhe des deutschen Einfuhrzolls. Das darbede Volk bezahlt die Getreidezölle, damit die Großagrarier Einfuhrprämien bekommen.

Die Tatsachen haben nun zu den oben angedeuteten Preissteigerungen auf den Getreidemärkten geführt. Sie gehen aus folgender Zusammenstellung hervor:

	Weizen (pro Tonne in Markt, Berlin)	Roggen
1927		
25. April	275—278	254—258
23. April	273—276	254—258
1928		
1. März	230—233	236—240
23. April	268—271	285—287
24. April	272—275	285—287

In entsprechendem Ausmaß sind natürlich auch die Mehlpreise gestiegen. Die Dinge haben sich soweit verschärft, daß die Nachfrage nach Mehl in Deutschland gegenwärtig nur schlecht befriedigt werden kann.

Die ganze Entwicklung ist darin begründet, daß in den südlichen Staaten Europas die Ernte 1927 ebenfalls schlecht ausgefallen ist. Einen dringenden Bedarf nach Roggen haben vor allem Polen und die Tschechoslowakei. Hier werden, um guten Roggen ins Land zu ziehen, gegenwärtig weit höhere Preise gezahlt als in Deutschland. Die besten Teile der deutschen Roggenernte wandern also ins Ausland, wodurch die Preise bei uns ebenfalls in die Höhe schnellen. Die Großagrarier machen mit Hilfe der Zölle und der Einfuhrschneine wieder einmal ein profitables Geschäft. Sie, die sich sonst immer so national gebärden, beliefern das Ausland und lassen die deutschen Volksgenossen hungern!

Zur Zeit der französischen Revolution, als dieser Prozeß des gewerblichen Ruins in Indien schon seine Wirkung zeigte und teilweise noch im Gange war, schrieb der französ. Abbe Dubois, der 30 Jahre in Indien lebte und noch heute als einer der besten Kenner des Landes angesehen werden kann:

„Die Zerstörung der Textilindustrie hat indirekt alle Gewerbe und Berufe berührt, indem sie die Zirkulation des Geldes hemmte, und die Bauern können sich fortan nicht mehr auf die Gewerbetreibenden stützen, die in den Zeiten ihrer Blüte den Ueberfluß an Getreide kauften und ihnen sogar Geld liehen, wenn sie mit der Bezahlung der Steuern im Rückstand waren. Jetzt sind die Bauern gezwungen, sich den erbarmungslosen Wucherern als Beute auszuliefern und diesen ihre Ernte zu verkaufen. — Dies ist die traurige Lage, in die die armen Indier herabgesunken sind, und sie wird täglich schlimmer infolge der zunehmenden Industrie, deren sich gewisse Nationen rühmen. Ja, könnten doch die Urheber dieser industriellen Entwicklung die Flüche vernehmen, welche die Masse armer Indier unaufhörlich auf sie häuft; könnten sie doch, so wie ich, das fürchterliche Elend sehen, das ganze Provinzen ergriffen hat: sie müßten — sofern sie nicht jedes menschlichen Empfindens bar sind — bitter bereuen, ihre verderblichen Maßnahmen so weit getrieben und eine Handvoll Leute bereichert zu haben auf Kosten von Millionen Menschen eines armen Volkes, denen der bloße Name ihrer Konkurrenz als der alleinigen Ursache ihrer äußersten Verzweiflung verhaßt geworden ist. Und es sage mir niemand, die unglücklichen Indier könnten, wenn sie nur wollten, einen Ersatz (für die zerstörten Gewerbe) finden in der Fruchtbarkeit ihres Bodens. Der Anblick großer brachliegender Landstücke und deren Verschwendung mögen den oberflächlichen Beobachter verleiten, die Indier der Faulheit oder die Regierung der Mißwirtschaft zu beschuldigen, aber das hieße vergessen, daß der größte Teil, wenn nicht die Gesamtheit dieser brachliegenden Flächen unfruchtbar ist und wegen Mangel an Wasser während des größten Teils des Jahres nicht bebaut werden kann.“

Außer durch die Abdrängung der ruinierten Handwerker in die Landwirtschaft wurde der Nährboden der Landbevölkerung durch die britische Politik noch auf eine zweite Art verkeimert: Der englische Kapitalismus daheim braucht — in weit größerem Umfange als die von ihm zerstörten indischen Gewerbe — eine Reihe von industriellen Rohstoffen wie Jute, Baumwolle, Seide, Indigo usw. So benutzte die britische Regierung ihre Erobererrechte agrarpolitisch zunächst dazu, einen ausgedehnten Teil des Bodens, der bisher zur Pflanzung von Nahrungsmitteln verwendet worden war, mit industriellen Rohstoffen bepflanzen zu lassen, so daß nunmehr

unter der englischen Herrschaft einer infolge der Zerstörung der indischen Gewerbe zwangsweise vermehrten Bauernbevölkerung eine verminderte Anbaufläche zur Verfügung stand.

Un das Emporkommen einer maschinellen modernen Industrie auf irgendeinem Gebiete in Indien selbst war bei der von England betriebenen Politik einstweilen nicht zu denken. Die ersten Großbetriebe mit einer zahlreichen Arbeiterschaft entstanden dort im Zusammenhang mit der Tribus- und Beutewirtschaft des Eroberers: der moderne Schiffbau und der Bau von Eisenbahnen, beide vornehmlich dazu bestimmt, die Abgaben aus den einzelnen Landschaften und Provinzen in die Sammellager der großen Hafenstädte und von dort nach Europa, besonders nach England zu transportieren. An diese Transportindustrien aber knüpfte sich dann die Entwicklung, die Karl Marx im Hinblick auf Indien bereits 1853 voraussagte: „Hat man erst das Verkehrswesen eines Landes, welches Eisen und Kohle besitzt, maschinisiert, so ist es unmöglich, seine Industrialisierung zu unterdrücken. Man kann ein Land von gewaltiger Ausdehnung nicht mit einem Netze von Eisenbahnen überziehen, ohne damit auch die für die laufenden Bedürfnisse des Eisenbahnsystems erforderlichen Industrien zu begründen. Daraus aber erwächst die Anwendung von Maschinerie auch in denjenigen Gewerbezweigen, die nicht unmittelbar mit dem Eisenbahnbau zusammenhängen. Das Eisenbahnsystem wird dadurch in Indien zum Bahnbrecher der modernen Industrie.“ (Marx in der „New York Tribune“: Künftige Wirkungen der britischen Herrschaft in Indien.) (Fortsetzung folgt.)

Der Balsamus  **und keine Streiche**

Barthardsdorf. In der letzten Mitgliederversammlung referierte Kollege Uhlig über „Die Bedeutung der Arbeiterorganisation in der Wirtschaft“. Er ging davon aus, daß schließlich aller Fortschritt ein Produkt der Entwicklung ist, der durch die Organisationen gefördert und auch gehemmt werden kann. Man muß den revolutionären Gedanken fördern und dabei sich mit beiden Füßen in die Gegenwart stellen, um Besserstellungen der Arbeiterklasse durch entsprechende Maßnahmen zu erringen. Man darf aber nicht immer von unseren Zielen reden, sondern muß auch sein Handeln so einrichten, daß der Mensch als Sozialist auch in der Gegenwart zur Geltung kommt. Das ist u. a. möglich dadurch, daß man sein saures verdientes Geld nicht zum Gegner, sondern in die Konsumgenossenschaft trägt, und seine event. Spargroschen nicht bei privatspekulativen Instituten, sondern dort anlegt, wo die Verwendung im Sinn und zum Nutzen der Arbeiterbewegung gegeben ist, wie auch event. Lebens- und Sachversicherungen nur bei der Volksfürsorge aufzunehmen sind. Wenn die Handlung des einzelnen nach dieser Richtung erfolgt würde, erkenne man erst, ob das Verlangen nach Sozialismus und Kommunismus in seiner Gesamtheit ernst gemeint sei.

In der Aussprache hielten es einige Redner von der „sogenannten Opposition“ für angebracht, zur Verbedung ihrer eigenen Schwächen der Gewerkschaftsleitung antirevolutionäre Einstellung vorzuwerfen. Kollege Hofmann unterstützte die Ausführungen Uhligs und forderte zur Unterstützung der Konsumvereine auf.

Der Rassenbericht fürs erste Quartal wurde entgegengenommen und dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Einige Kollegen, die sich der Stimme enthielten, brachten zum Ausdruck, daß ihr Verhalten keineswegs als Mißtrauen gegen den Kassierer aufzufassen sei. Sie enthielten sich lediglich der Stimme, weil sie von der Verwaltung ausgeschlossen wären. Nach Besprechung einiger anderer Angelegenheiten konnte die Versammlung geschlossen werden.

Neugersdorf. Am Sonnabend, dem 21. April, fand eine Betriebsräte-Konferenz der Geschäftsstelle Neugersdorf statt. Der Besuch war ein sehr guter, denn 66 weibliche und 94 männliche Betriebsratsmitglieder waren dem Rufe der Geschäftsleitung gefolgt. Die Tagesordnung lautete: 1. Was muß der Betriebsrat vom Arbeitsrecht wissen? 2. Bericht von den Betriebsratswahlen. 3. Allgemeines Betriebsrätefragen.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung war es gelungen, den Arbeitsgerichtsrat Dr. Ebert-Dresden als Redner zu gewinnen, welcher es in glänzender Weise verstand, seine Zuhörer zu fesseln. In seinen fast zweistündigen Ausführungen streifte er alle einschlägigen Gesetze und Bestimmungen des Arbeitsrechts und hat somit dazu beigetragen, unseren Betriebsräten das Wissen zu geben, was sie zur Ausübung ihrer Tätigkeit notwendig brauchen. Reicher Beifall belohnte den Redner. In der Aussprache wurden noch verschiedene Fragen arbeits- und tarifrechtlicher Art gestellt, welche vom Referenten und dem Kollegen Richter beantwortet wurden. Den Bericht von den Betriebsratswahlen gab der Kollege Lehmann. Er führte aus, daß trotz großer Schwierigkeiten die diesjährigen Wahlen uns einen vollen Erfolg gebracht haben. Von 51 vorhandenen Betrieben haben sich 45 an der Wahl beteiligt, die eine Belegschaftsstärke von rund 11 000 zählten. Die restlichen 6 Betriebe, in denen eine Wahl nicht möglich war, sind Kleinbetriebe mit insgesamt 83 Beschäftigten. Gewählt wurden insgesamt 259 Betriebsratsmitglieder, davon Arbeiter männlich 137, weiblich 91. Angestellte 31. Die Zahl der Betriebsratsmitglieder beträgt 259. Davon entfallen auf den Deutschen Textilarbeiterverband männlich 129, weiblich 95, zusammen 224; andere freie Verbände männlich 16, weiblich 4, zusammen 20; Christlichen Textilarbeiterverband männlich 12, weiblich 2, zusammen 14; Unorganisierte männlich 1, zusammen 1; Zahl der Angestelltenratsmitglieder 68, davon im Deutschen Textilarbeiterverband 2; A.B.-Bund 43; gegnerische Organisationen 19; Unorganisierte 4.

Redner wünschte am Schluß seiner Ausführungen, daß auch die neuen Betriebsräte ihre Pflichten ebenso gewissenhaft durchführen mögen wie die alten, damit das gute Zusammenarbeiten mit der Geschäftsleitung erhalten bleibe.

Unter Punkt 3 wird noch die Kurzarbeiter- sowie die Ferienfrage erörtert und vom Kollegen Richter eine dementsprechende Aufklärung gegeben.

Am Schluß der Konferenz kam der Kollege Gocht als Vorsitzender mit Befriedigung feststellen, daß die Tagung von einem guten Gelingen getragen war, was die sicherste Gewähr zum weiteren Aufstieg der Geschäftsstelle Neugersdorf gibt.

Literatur.

Ein Frankfurter Vorläufer des Kommunismus (Johann Jakob Rutt). Von Max Quack. Frankfurt a. M. 1928. Verlag der Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H. Preis 85 Pf.

Dr. Max Quack, der sich durch seine Forschungen über die Vorläufer der deutschen Arbeiterbewegung ein Verdienst erworben hat — wir erinnern an sein in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften sehr lobend besprochenes Buch „Die erste deutsche Arbeiterbewegung“ — schildert in dieser kleinen, 61 Seiten starken Broschüre eine Bewegung von Arbeitern und Kleinbürgern, die zeitlich in ihrer Entstehung mit der bekannten Bewegung von Stephan Born zusammenfiel und als eine entsetzte Nachwirkung des ersten deutschen Arbeiterkommunisten Wilhelm Weitling im Rahmen einer einzelnen deutschen Stadt angesehen werden kann. Prof. Dr. Riegel hat den Verfasser mit wertvollem Quellenmaterial aus den Akten des Frankfurter Stadtrats unterstützt.

Das Myterium des Nichts. Das religiöse Weltbild der nordischen Seele. Von Dr. Hans Sachs. 186 Seiten. Broschüre 1,50 Mk., Ganzleinen 2,50 Mk. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Bessendorf.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 6. Mai 1928, ist der Beitrag für die 18. Woche fällig

Staatliche Wirtschaftsschule Düsseldorf.
Kollegen und Kolleginnen, die die Absicht haben, an einem späteren Kursus der Schulen in Düsseldorf, Berlin oder Frankfurt teilzunehmen, kann empfohlen werden, sich zur Teilnahme am Fernunterricht der Wirtschaftsschule in Düsseldorf zu melden. Die Meldungen sind an den Unterzeichneten zu richten.
Der Hauptvorstand,
gez. Karl Schrader.
Zur Beachtung!
Die Firma v. Alwörden in Offerode a. H. sucht in verschiedenen Zeitungen des Reiches Weber und macht allerhand Verpflegungen. Die Kollegen bzw. Kolleginnen werden im eigenen Interesse gebeten, sich, bevor sie dort Arbeit annehmen, mit der Ortsverwaltung Offerode a. H. per Adresse Karl Owen, Offerode, Obere Neustadt 3, in Verbindung zu setzen.
Adressenänderungen.
Gau Kassel. U. P. O. Bureau Sandgasse 5 (Konsumgebäude). Alle Postfächer nach hier.
Mühlhausen. V. Artur Wolf, Mühlhausen i. Th., Wendewehrstraße 97.
Gau Berlin. Zernsdorf. V. Friß Burmeister, Coblentz, Post Zernsdorf (Teltow). K. Paul Martin, Zernsdorf (Teltow), Ziegelei.

Verlag: Karl Schrader in Berlin, Remeter Str. 39. — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dieckel in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Arbeit, die unser harret!

Der Beschluß von Hamburg.

Als Antrag Da hat der letzte Verbandstag in Hamburg folgende Entschlüsse angenommen:

Die Zahl der für den Verband in organisatorischer und organisatorischer Tätigkeit tätigen Kolleginnen ist im Verhältnis zur weiblichen Mitgliedszahl gering. Die Textilindustrie hat die Tendenz, die weibliche Arbeitskraft in immer stärkerem Maße in ihren Dienst zu stellen. Diese Tatsache ist durch die bisherige Entwicklung bewiesen. Das bedeutet, daß die Organisationsarbeit ausgedehnt ist, alles aufzubieten, um eine bessere gewerkschaftliche und wirtschaftliche Schulung der Arbeiterinnen durchzuführen. Zu diesem Zwecke beschließt der 16. Verbandstag, Veranstaltungen zu treffen von Schulungskursen für Arbeiterinnen. In diesen Kursen sollen vor allen Dingen Gewerkschafts- und Verbandsgeschichte sowie wirtschaftspolitische Fragen behandelt werden. Sollte die Einrichtung besonderer Kurse unzumutbar sein, sind die weiblichen Mitglieder im Verhältnis der Mitgliedschaft bei der Beschickung von Lehrgängen zu berücksichtigen.

Dieses „unzumutbar sein“ im letzten Satz war nun nicht so gemeint, als ob allgemein die Frage der Notwendigkeit solcher Schulungskurse aufgeworfen werden soll. Das heißt, die Frage der Notwendigkeit von Sonderveranstaltungen für weibliche Mitglieder erneut zu stellen. Über diesen Auftrag erteilte die letzte Verbandsgeneralversammlung dem Vorstand noch irgendeiner anderen Verbandsinstanz.

Wenigstens ist das durch die unveränderte Annahme von § 11 Ziffer 3 des Verbandsstatuts anzunehmen. Diese besagt: „In jeder Ortsgruppe sind Agitationskommissionen zu bilden, die die Aufgabe haben, unter den Kolleginnen und Jugendlichen die Agitation zu betreiben.“ Die oben wiedergegebene Entschlüsse ist deshalb im Zusammenhang mit dieser statutarischen Bestimmung anzulegen, denn sie ist eine Ergänzung der letzteren.

Danach ergibt sich, daß vor wie nach von der zuletzt gesprochenen höchsten Verbandsinstanz geeignete Sondermaßnahmen zur Gewinnung, Erziehung und Schulung weiblicher Mitglieder befohlen und gefordert werden. Nur wo dieses unzumutbar, sprich: überflüssig, also nicht mehr nötig ist, da soll die gleichmäßige agitatorische und erzieherische Behandlung weiblicher und männlicher Mitglieder gestattet sein.

Die einschränkenden Bemerkungen im Hamburger Beschluß sind demnach für Einzelfälle heranzuziehen und sagen wir es offen, für Einzelfälle, die nach der Gesamtstruktur unserer Verbandsmitgliedschaft augenblicklich selten oder gar nicht in Erscheinung treten. Das Verlangen der letzten Verbandsgeneralversammlung: Schulungskurse für weibliche Verbandsmitglieder durchzuführen, ist also ein Auftrag, der hinsichtlich der Zweckmäßigkeit fast keinen Spielraum für Erwägungen und Prüfungen läßt. Dagegen erfordert er in seiner Handhabung sehr eindringlich, daß alsbald festgelegt wird: wo, für wen, durch wen (welche Lehrer), und über welche Einzelheiten solche Kurse veranstaltet werden sollen.

Zwei Jahre Arbeiterinnenkommissionen.

Die Arbeiterinnenkommissionen und die Arbeiterinnengruppen haben bekanntlich die weiblichen Verbandsmitglieder möglichst vollständig zu besonderer Tätigkeit im Rahmen des Verbandes zusammenzufassen.

Nicht allenthalben wurde danach sofort verfahren. Allmählich fand der Gedanke dennoch immer mehr Anhänger. Namentlich in den Jahren 1925 bis 1927. Es zeigte sich, daß die eingetretene ruhigere Zeit der Erziehungsarbeit zugute kam. Verbandsaufbau und Ausbau wurde wieder mehr von der stärkeren Anteilnahme des Einzelmitglied erwartet. Insbesondere wurde anerkannt, daß nur so der beste Unsicherheitsfaktor: „weibliche Mitgliedschaft“ auszuscheiden bzw. umzuwerten möglich ist. Aus diesem Grunde auch die regere Tätigkeit der Arbeiterinnenkommissionen.

Wie sehr die Rechnung zu stimmen vermag, bewies der Erste Textilarbeiterinnenkongress in Gera. Aber auch Zu- und Abgang weiblicher Mitglieder dürfte beim näheren Forschen Beweismaterial liefern.

Mit Recht verdient daher die Tätigkeit der Arbeiterinnenkommissionen hervorgehoben zu werden. In einer kleinen Flugchrift geschah das durch das Arbeiterinnen-Sekretariat. Sie ist den Ortsverwaltungen und den Arbeiterinnenkommissionen zugegangen und berichtet im einzelnen, in welcher Art Arbeiterinnengruppen geschaffen und mit welchen Sachgebieten sich die Veranstaltungen beschäftigen haben. Eine Referenten- und Themenliste soll Anhalt sein, was alles in Arbeiterinnengruppen behandelt werden kann und wer etwa bei Bedarf als Mitarbeiter in Frage kommt.

Im ganzen konnte so über 140 Arbeiterinnenkommissionen und 3822 Veranstaltungen mit 102670 Teilnehmerinnen berichtet werden.

Hoffentlich können die vorgezeichneten weiteren Ueberblicken in gleicher Weise von Erfolgen erzählen.

Bedarf es tiefer Einsicht, um zu ergreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein, auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Wort auch ihr Bewußtsein sich ändern?

Marx und Engels, kommunistisches Manifest.

Weibliche Funktionäre im Deutschen Textilarbeiterverband.

Um zu erlangen, wieviel die weibliche Verbandsmitgliedschaft Vertrauensposten inne hat, wurde im September 1927 eine Umfrage veranstaltet. Das Ergebnis liegt zusammengestellt vor und soll demnächst veröffentlicht werden.

Wesentlich daran ist, daß unter 170 000 erfassten weiblichen Mitgliedern 8800 Funktionäre gezählt wurden. Das ist auf 100 weibliche Mitglieder 41 Funktionäre. Im Verhältnis zu den im Zollgebiet vorhandenen weiblichen Beschäftigten ergibt sich ein noch ungünstigeres Bild. Hier kommen auf 100 weibliche Beschäftigte im ganzen nur 1,5 weibliche Funktionäre. Unter Verbandsdurchschnitt bleiben die Gauen Hannover und Dresden; darüber bewegte sich der Gau Augsburg. In den übrigen Gauenbezirken waren die Abweichungen unterschiedlich. Sie zeigten sich teils beim Verhältnis zu den weiblichen Mitgliedern (in Gera, Siegnitz, Berlin), teils im Vergleich zu den weiblichen Beschäftigten (Barmen, Stuttgart).

Ein Wochenendkursus in Siegnitz.

Es ist nicht von ungefähr, daß der erste Kursus für weibliche Verbandsfunktionäre im Gau Schlesien abgehalten wurde. Einmal waren hier Gauleitung und Gauarbeiterinnenkommission die ersten im Verbandsgebiet, die ankündigten, daß die dortigen Kolleginnen August Comte's*) Worten „Wissen um vorzusehen, vorzusehen um vorzuzugewinnen“ nachzueifern wollten. Im weiteren sah aber auch der Verbandsvorstand ein, daß wenn irgendwo ein Anfang mit der systematischen Schulungsarbeit weiblicher Vertrauensleute ohne besonderes Risiko gemacht werden kann, dann im Gau Schlesien. Er stellt die höchste Prozentzahl weiblicher Beschäftigter, weist fast ein ähnliches Verhältnis bei den weiblichen Mitgliedern auf und stellt — und das war sehr ausschlaggebend — eine nicht geringe Zahl erprobter weiblicher Verbandsfunktionäre.

Diese Erwägungen wurden durch den Kursus bestätigt. Er fand am 25. und 26. Februar dieses Jahres in Siegnitz mit einigen 40 Teilnehmerinnen aus dem gesamten Gaubezirk statt. Der Lehrplan ist hier schon veröffentlicht worden. Es sei deshalb erinnert, daß er

1. Wesentliches über Verbandsgeschichte und Verbandsverwaltung.
2. Wissenswerte aus dem Sozialrecht (Arbeitsvertrag — Tarifvertrag — Arbeitschutz — Arbeitsauswahl — Arbeitsgerichtsverfahren) enthält.

Lehrer waren die Kollegen Schrader, Frick, Drieschner und die Kollegin Niemiera.

Die Teilnehmerinnen zeigten außerordentliches Interesse. Insbesondere auf sozialrechtlichem Gebiet. Hier haben ihre Erfahrungen als Betriebsratsmitglieder manches Brauchbare und Praktische zur Belebung des Unterrichts mit beigetragen.

Mangel an Zeit machte sich namentlich bei der Behandlung praktischer und problematischer Fragen bemerkbar. Immerhin darf nach den vorliegenden Berichten angenommen werden, daß dennoch alle Beteiligten manches Wissenswerte und Anregende, also manche Hilfe für die tägliche Verbandsarbeit mit nach Hause genommen haben. Für künftige Kurse bleiben aber trotzdem die Fragen „Lehrplan“ und „Unterkunft“, Fragen, die auf Grund der Siegnitzer Erfahrungen eingehende Prüfung verlangen.

Was das Jahrbuch erzählt.

Schillerte im Jahrbuch 1926 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wir ging es dabei so, wie Goethe in seinem schönen Gedicht beschrieb: „Am nichts zu suchen, um nichts zu finden, das war mein Sinn.“ Auf einmal hasteten meine Augen an einer Ueberschrift. Funktionärschulung hieß sie. Zahlen waren angeführt. Ich überflog. blieb beim Deutschen Textilarbeiterverband hängen, und jetzt bekam die Sache für mich Interesse. Was war nun zu lesen? Nun in den Zahlen 1922 bis 1926 be-

richtet der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, daß er im Einvernehmen mit den angeschlossenen Verbänden im ganzen 479 Schüler zu mehrmonatigen Kursen auf die Heimvolkshochschule Tinz, Arbeiterakademie Frankfurt, Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf und Wirtschaftsschule in Berlin geschickt hatte. Es besuchten die Schule

	In	besuchen weiblich	Mitglieder des D. T. G. B. weiblich	männlich
Tinz	119	46	8	5
Frankfurt a. M.	246	2	—	13
Düsseldorf	94	1	—	10
Berlin	20	—	—	4
Insgesamt	479	55	8	32

Unter den 40 „auf Schule geschickten Verbandsmitgliedern“ befanden sich 8 Kolleginnen. Außer in der Zahl der Schüler besteht in der Zahl der besuchten Schulungsanstalten noch ein wesentlicher Unterschied. Die weiblichen Verbandsmitglieder besuchten ausschließlich das Volkshochschulheim Schloß Tinz. Ohne dieses in seinen Leistungen herabzusetzen, ist doch zu bemerken, daß es nur Kurse von 4 bis 5 1/2 Monaten durchführt, und daß sein Lehrplan bei den Frauentagen (genannte gewerkschaftliche Stoffgebiete fast nicht führt. Tinz ist sozialistische Weltanschauungsschule. Es will jungen (20- bis 25jährigen) intelligenten Arbeitern eine Einführung in die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft geben.

Die anderen Schulen kennen zehn- und noch mehrmonatige Kurse. Ihr Lehrplan kann sich allein deshalb in eine größere Anzahl Stoffgebiete gliedern. Andererseits ist es zugleich möglich, über die Einführung hinaus in Einzelbehandlungen zu treten. Nicht zuletzt auch deswegen, weil die Schüler älter, also meist erfahrener und vorgebildeter sind. Wenigstens von den männlichen Schülern des Deutschen Textilarbeiterverbandes ist das anzunehmen. Eine nicht geringe Anzahl davon hat beispielsweise Frankfurt erst nach Absolvierung anderer Kurse (Tinz usw.) besucht.

Nach dieser Feststellung ist wohl zu sagen: Nach Schülerzahl und Schulgattung zu urteilen, müssen die weiblichen Funktionäre, auch die des Deutschen Textilarbeiterverbandes, an der Funktionärschulung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes künftig stärker beteiligt werden. Allerdings ist hierfür Voraussetzung der Wille, sich schulen zu lassen. Und dieser Wille wird von den weiblichen Funktionären leider manchmal nur sehr zaghaft und wenig eindringlich geäußert.

Bücher sind große Schatzkammern des Menschengeistes. Das Beste, was je gedacht und erfunden wurde, bewahren sie aus einem Jahrhundert in das andere und sie verkünden, was nur ein auf Erden lebendig war. G. Trentag.

*) Französischer Philologe 1779—1857.



Käthe Kollwitz:

Nachdenkende Frau

Tätig waren von den weiblichen Funktionären in der	Zahl	Prozent
Verbandsverwaltung	4535	43,9
Sozialpolitik	4207	45,4
Kommunalpolitik	479	5,1
Rechtspflege	56	0,6

Ein weiblicher Funktionär übte im Durchschnitt 1 1/2 Funktionen aus.

Auffällig ist die starke Beteiligung an Geschäften der Verbandsverwaltung. Das um so mehr, weil darunter fast keine besoldeten Kräfte zählen. Gleichfalls hervorzuheben ist der Anteil an der Rubrik Sozialpolitik. Hier sind die weiblichen Betriebsratsmitglieder enthalten. Sie stellen den Hauptanteil; Krankentafelvorstands-, Krankentafelassistenten-, Arbeitsgerichtsbeisitzer-, Prozeßbevollmächtigte, Verwaltungsausschussmitglieder der Arbeitsbehörden sind dagegen verhältnismäßig wenig beteiligt. Zur Kommunalpolitik wurde jede Tätigkeit in Kommunalparlamenten einschließlich der Mitarbeit in Wohlfahrts-, Fürsorge- und Wohnungskommissionen gerechnet. Die Rubrik Rechtspflege enthält Schöffen und Geschworene.

Zu allerlei Erörterungen eignet sich auch folgende Feststellung. Von den gezählten Funktionären waren:

ledig	2066	29,1
verheiratet	4116	59,7
Haushaltungsvorstand	786	11,2
Rücker	2598	37,7

Ein erheblicher Teil der erfassten Kolleginnen hat demnach außer der Erwerbs- und Funktionstätigkeit noch nicht geringe hauswirtschaftliche und erzieherische Pflichten laufend zu erfüllen. Das ist nicht nur ausschlaggebend für Umfang und Grad der geleisteten Funktionärsarbeit. Es dürfte auch Anlaß sein, nachzuforschen, wieweit es kommt, daß jene Frauen, trotz vielfacher anderweiter Inanspruchnahme, noch das mühevollen Funktionärsamt bekleiden. Wahrscheinlich ergibt sich da, daß hierfür die materielle Not allein nicht bestimmend ist. Ganz sicher wirkt sich in dieser Erscheinung auch zunehmendes Selbstbewußtsein und der Drang nach verantwortlicher Tätigkeit mit aus. Die Familienwirtschaft — namentlich das, was im Arbeiterhaushalt darunter zu verstehen ist — gibt eben für viele wirtschaftlich selbständige, an kollektivistischen Schöpfungen gewöhnte erwerbstätige Frauen nicht den Ausgleich, den sie zum Erhalt von Gesundheit und Spannkraft benötigen. Zugleich aber bedingt das einseitige Ueberwiegen weiblicher Beschäftigter in Textilbetrieben, rein technisch betrachtet, den weiblichen Verbandsfunktionär. Richtiges und genügendes Bewenden weiblicher Funktionäre kommt demnach sowohl einem Verlangen vieler Kolleginnen als auch einem organisatorischen Bedürfnis entgegen.

Es ist daher sehr nötig zu prüfen: wie weit die Zahl der weiblichen Funktionäre zu vermehren und wie weit die weiblichen Funktionäre zu Höchstleistungen zu bringen, ohne daß ihnen oder dem Verband Nachteile daraus widerfahren.

Eine Produktionserhebung.

Die Produktionskapazität der Baumwollspinnerei ist trotz verringerter Arbeiterzahl und kürzerer Arbeitszeit bedeutend höher als 1913.

In „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 6 sind die Ergebnisse einer Produktionserhebung in der Baumwollspinnerei und -zwirnerei im Jahre 1926 veröffentlicht. Die Erhebung erstreckt sich auf 54 Betriebe der Baumwollspinnerei und Baumwollzwirnerei. Die Gesamtspindelzahl hat sich gegenüber dem Vorjahre um 2 Proz. und der der Zwirnspindeln um 8 Proz. erhöht. Die Zunahme der Spinnspindeln entfällt lediglich auf die Drosselspindeln, die wegen ihrer rationelleren Arbeitsweise eine steigende Verwendung finden. Bei den Selbstaktoren ist ein kleiner Rückgang in der Spindelzahl, besonders der Zweizylinderpindeln eingetreten. Dagegen hat sich die Zahl der Zwirnspindeln stark erhöht.

Die Zahl der Spinnspindeln beträgt insgesamt 10 417 323 Stück und zwar Selbstaktorenspindeln mit 2 Zylindern 960 180, mit 3 Zylindern 3 433 161, Drosselspindeln 5 976 415, sonstige Baumwollspindeln 47 567, Zwirnspindeln 1 130 717 Stück. Demgegenüber waren am 31. August 1913 11 186 000 Spindeln vorhanden. Zu beachten ist dabei, daß darunter die auf das frühere Reichsgebiet Elßah entfallenen 1 765 342 Spindeln mit enthalten sind.

Die Baumwollspinnereien verarbeiteten im Jahre 1926 insgesamt 360 Millionen Kilogramm Spinnstoffe gegen 354 Millionen Kilogramm im Vorjahr. Der Verbrauch der Baumwollspinnereien an Spinnstoffen betrug:

Baumwolle, insgesamt	1000 kg	283 572
und zwar		
amerikanische		209 056
ostindische		28 223
ägyptische		13 872
andere Sorten		3 715
Linters		3 387
Baumwollabfälle, die nicht im Betriebe selbst angefallen sind		25 319
darunter aus dem Ausland stammend		13 862
Kunstbaumwolle		15 291
Kunstwolle		977
Wolle einschließlich Kämmlinge		249
Andere Spinnstoffe		120

Aus diesen Spinnstoffen wurden 266 Millionen einträgliche Garne gewonnen, und zwar 212 Millionen Kilogramm 3-Zylinder-Garn und 54 Millionen 2-Zylinder-Garn. Das 3-Zylinder-Garn trägt eine fortschreitende Verbesserung. Beachtlich ist, daß die Nummern über 47 engl. Erzeugungsstufen als im Jahre 1913 aufweisen. Der Wert der Jahreserzeugnisse der deutschen Baumwollspinnereien und -zwirnereien betrug insgesamt 851 Millionen Mark gegen 1200 Millionen Mark im Jahre 1925.

Bei Beurteilung dieser Zahlen muß beachtet werden, daß merkmäßig die Erzeugung erheblich hinter dem vorjährigen Ergebnis zurückbleibt, weil die Baumwollpreise im Jahre 1926 beträchtlich unter denen des Vorjahres lagen.

Die Arbeiterzahl betrug noch den berufsgenossenschaftlich versicherten Personen:

am 1. Januar 1926	101 835
am 1. April 1926	95 705
am 1. Juli 1926	92 741
am 1. Oktober 1926	97 309

Demgegenüber betrug schätzungsweise 1913 die Arbeiterzahl 115 000. Darin sind auch enthalten die an den Zwirnspindeln Beschäftigten. 1926 hingegen betrug nach der Tabelle aus „Wirtschaft und Statistik“ am 1. April 1926 die Arbeiterzahl nur 95 705. Es zeigt sich sonach ein Rückgang gegen 1913 um 16,8 Proz. Der Rückgang der Baumwollspindeln gegenüber 1913 beträgt aber nur 6,9 Proz.

Bei der Arbeiterzahl ist zu beachten, daß wir die auf das Elßah entfallenen bereits in Abzug gebracht haben. Es ergibt sich nun folgendes: Der Baumwollverbrauch betrug 1913 einchl. Elßah-Lothringen 1 728 000 Ballen, im Jahre 1926 ohne Elßah-Lothringen 1 148 000 Ballen. Der Baumwollverbrauch ist sonach um 33,6 Proz. gefallen. Auf die elßahische Baumwollspinnerei entfielen im Jahre 1913 ein knappes Fünftel der deutschen Baumwollspindeln, so daß der Anstieg im Baumwollverbrauch innerhalb des deutschen Reichsgebiets gegenüber 1913 unerheblich ist. Beachtet muß aber werden, daß im Jahre 1913 Hochkonjunktur herrschte, die eine volle Ausnützung der vorhandenen Spindeln gestattete, dagegen aber im Jahre 1926 eine noch nicht dagewesene Krise in der Baumwollindustrie bestand.

Die Kurvenbewegung über den Beschäftigungsgrad der Baumwollindustrie zeigt im Jahre 1926 unter Berücksichtigung der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen Ende Dezember 1925 auf 90 Proz., im April und Mai 1926 sank sie auf 50,2 Proz. Sie stieg erst im Juli, um im August auf 60 Proz. und im Dezember 1926 den Stand von 85 Proz. zu erreichen. Wenn man ferner berücksichtigt, daß gegenüber 1913 erheblich mehr Garnnummern, die über 47 engl. lagen (24,45 gegenüber ein Fünftel im Jahre 1913) versponnen wurden, so bedeutet diese Tatsache eine erhebliche Verringerung des Verbrauches an Baumwolle bei erhöhter Fadenerzeugung. (Da die Garnnummer immer die Länge des Fadens ergibt, der aus einem engl. Pfund Baumwolle gesponnen wird, so zeigt sich, daß z. B. Nr. 24 mit 840 Yards gleich 20 160 Yards Fadenlänge ergibt. Hingegen aus Nr. 45 mit 840 gleich 40 320 Yards Fadenlänge hergestellt wird. Je höher also die Garnnummer liegt, um so mehr Arbeitsleistung erfordert der Spinnprozess.) Nebenbei darf bei Beurteilung der Produktionskapazität der Baumwollindustrie nicht außer acht gelassen werden, daß in der Nachkriegszeit ein erheblicher Mehrverbrauch an Kunstbaumwolle, Kunstwolle und Baumwollabfällen eingetreten ist. Während des Krieges haben die Spinner die „ledere“ Möglichkeit zur hohen Lure geübt und ernten davon fortlaufend Früchte.

Unter Beachtung all dieser Umstände muß man zu dem Schluß kommen, daß im Jahre 1926 die Gesamtproduktionsleistung trotz aller hemmenden Nebenumstände nicht hinter die des Jahres 1913 zurückgefallen ist. Ohne Zweifel geht aus der Statistik hervor, daß die Produktionskapazität der Baumwollspinnereien gegenüber 1913 bei einer verringerten Arbeiterzahl erheblich gestiegen ist.

Daraus ergibt sich aber nun zweierlei: Erstens einmal, daß die nominell höheren Löhne, die in

Reichskonferenz der Jugendleiter des DGB.

Am 21. und 22. April fand in Berlin, im Gebäude der Hauptverwaltung eine Konferenz der Jugendleiter unseres Verbandes statt, die zur Aufgabe hatte, Rückschau auf die bisher geleistete und Ausblick auf die zukünftig zu leistende Jugendarbeit zu halten. 24 Delegierte, aus allen Gauen unseres Verbandsgebietes kommend, sowie 8 Vertreter der Hauptverwaltung hatten sich eingefunden, als die Konferenz, die durch Musikvorträge eingeleitet wurde, ihren Anfang nahm. In der Begrüßungsansprache der Kollegin Niemiera-Berlin kam zum Ausdruck, daß es Zweck der Zusammenkunft sei, darüber zu beraten, wie die Jugendarbeit unseres Verbandes weiter gefördert werden könne, die dem Wohle der in der Textilindustrie beschäftigten jugendlichen Arbeiter dienen und gleichzeitig eine Stärkung unserer Organisation selbst herbeiführen soll.

Kollege Schäffer-Berlin begrüßte an Stelle des durch Krankheit an der Teilnahme verhinderten Kollegen Jäckel die Konferenzteilnehmer im Namen des Hauptvorstandes und überbrachte zugleich die persönlichen Grüße des Kollegen Jäckel. Seinen Ausführungen lag der Wunsch zugrunde, daß die Konferenz getragen und erfüllt sein möge vom Geiste des Kollegen Jäckel, dessen unermüdeten Schaffens zum großen Teil unserer Jugend und deren Zukunft gilt. Die Jugend vertraut zu machen mit den hohen Aufgaben unserer Organisation, ihr die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu erklären, wie ihr auch fachliches Wissen zu vermitteln ist dringende Notwendigkeit, weshalb der Vorstand in seiner Gesamtheit der Konferenz auch fruchtbringende Arbeit, die zum Nutzen der Gesamtbewegung ausfallen möge, wünschte.

Die Anregung, dem Kollegen Jäckel ein Danktelegramm, in dem ihm auch zugleich die besten Wünsche der Konferenz für eine baldige völlige Genesung ausgesprochen werden sollen, zu übermitteln, fand allseitige Zustimmung.

Nach Erledigung der geschäftlichen Formalitäten sprach zum ersten Punkt der Tagesordnung Genossin Hebrigg Wachenheim-Berlin über

„Moderne Jugendpflege“.

Den mit allseitigem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgten folgende Entnommenen:

Moderne Jugendpflege in unserem Sinne heißt, neben der persönlichen Fürsorge für die Jugendlichen auch deren Bildung und Erziehung über die Berufserziehung hinaus zu übernehmen, sie zu guten Staatsbürgern, Gewerkschaftlern und Sozialisten zu erziehen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Jugendpflege ist, die Einwirkungen der Erwerbsarbeit mit der heutigen Arbeitsmethode auf das Seelenleben der Jugendlichen zu erforschen sowie die Folgen der fortschreitenden Forderungen der Familienbindungen wie auch die Bedeutung des Wandels der Sittlichkeitsbegriffe zu erkennen. Aus den sich daraus resultierenden Schlussfolgerungen erwachsen der gewerkschaftlichen Jugendpflege folgende Aufgaben:

Die soziale Lage der Jugendlichen ist zu ermitteln und ihnen fürsorgliche Betreuung im Falle eines Notstandes angedeihen zu lassen. Die gewerkschaftliche Jugendorganisation muß den Jugendlichen eine Gemeinschaft bieten, die eine gewisse Erfüllung ihrer Sehnsucht nach Freundschaft gewährt, die Verständnis für die Probleme der Jugendlichen hat und die ihnen Führung an all ihrem Beginnen angedeihen läßt. Die Frage nach dem Sinn des Lebens, der Wunsch, sich hineinzufinden in das gesellschaftliche Leben, sind bei den Jugendlichen doppelt stark. Das jugendliche Alter bringt Spannungen, die zur Entwicklung drängen und die in die richtigen Bahnen geleitet werden müssen. Unsere Einwirkung auf die Ausnutzung der Freizeit der Jugendlichen ist deshalb notwendig. Sie zu sportlicher Tätigkeit anhalten, ihnen die Gefahren schlechter Literatur und der Schundfilme aufzuzeigen, insbesondere aber das Kunstverständnis der Jugendlichen zu wecken und zu fördern, ist unablässig notwendig.

Darüber hinaus ist die geistige Fortbildung der Jugendlichen zu übernehmen, Verständnis in ihnen für die allgemeinen gewerkschaftlichen Aufgaben zu erwecken und sie mit den Ideen des Sozialismus vertraut zu machen. Alles in allem: Die Jugendlichen den Gefahren der heutigen Sozialnot zu entreißen, sie zu nützlichen Gliedern zu formen, die im Dienste der Menschheit wirken, und ihren Aufstieg bei Begabung zu fördern, ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Jugendpflege.

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit selbst, die weder von der öffentlichen Jugendpflege noch von den Jugendvereinen übernommen werden kann, weil die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen nur von den Gewerkschaften erfasst wird, muß, um erfolgreich tätig zu sein, weitest gehende Zusammenarbeit mit anderen Organisationen pflegen. In erster Stelle sei hierbei die Zusammenarbeit mit den Jugendämtern genannt, deren Aufgabe es ist, Einrichtungen, wie Heime und dergleichen Dinge mehr, zu schaffen, die die Jugendarbeit benötigt. Den gewerkschaftlichen Einfluß auf die Jugendämter zu sichern, diese für die Idee der sozialistischen Gesellschaft zu gewinnen versuchen, darf nicht verabsäumt werden. Des weiteren ist zum Zwecke der geistigen Fortbildung der Jugendlichen mit den Volkshochschulen und den Arbeiterbildungseinrichtungen anderer Gewerkschaften und auch der Sozialdemokratischen Partei Verbindung anzustreben, die zweifelslos von großem Vorteil für unsere Jugendarbeit und damit auch für die Jugend selbst sein wird. Für die für die Arbeit selbst benötigten Mittel, die normalerweise in Anspruch genommen werden, die gewerkschaftliche Jugendpflege in eine nicht zu unterschätzende Aufgabe, die zu unterstützen der Staat sich angelegen sein lassen muß, weshalb auch mehr als bisher aus den Jugendpflagemitteln derselben den Gewerkschaften Beträge überwiesen werden müssen.

Nicht allein die Jugend zu organisieren, sondern sie auch zu führen ist Aufgabe gewerkschaftlicher Jugendarbeit.

In der darauf folgenden Aussprache kam der Wille zur weiteren intensiven Mitarbeit im Sinne des Referats übereinstimmend zum Ausdruck. Besonders erwähnt sei, daß von einigen Rednern die einseitige Verteilung der staatlichen Jugendpflagemittel, die besonders in den katholischen Gegenden des Reiches festzustellen ist, aufgezeigt und eine Stärkung unseres Einflusses auf die zuständigen Stellen für durchaus notwendig gehalten wurde.

der Baumwollindustrie gegenwärtig gezahlt werden, eine weit höhere Leistung der einzelnen Arbeitskräfte zur Voraussetzung haben und zweitens, daß die Forderung der Arbeitgeber, den Arbeitstag über 8 Stunden hinaus zu verlängern unberechtigt ist. Die Stundenleistung der Arbeiterklasse ist so geringe, daß die Bodenarbeitszeitverkürzung von 58 Stunden der Vorkriegszeit auf 47 Stunden in der Nachkriegszeit einen Produktionsverlust nicht ergibt.

2. Verhandlungstag.

Der zweite Sitzungstag, an dem auch der Jugendleiter des DGB Genosse Maschke-Berlin anwesend war, begann mit dem Referat der Kollegin Niemiera-Berlin über „Neue Methoden zur Ausbildung von Textilfacharbeitern“. Folgend auf eine vom Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes veranstalteten Umfrage, deren Ergebnis in der unlängst herausgegebenen Broschüre „Arbeiterausbildung in der deutschen Textilindustrie“ mit veröffentlicht ist (siehe auch „Textilarbeiter“ Nr. 16 vom 20. April 1928), zeigte sie in tief schürfenden Ausführungen die Methoden der Ausbildung von Textilfacharbeitern auf. Von einem einigermassen einheitlichen System der Arbeiterausbildung kann in der Textilindustrie nicht gesprochen werden. Lehrszeit sowohl wie Lehrmethoden sind grundverschieden. Besonders augenscheinlich sind die Bemühungen der Unternehmen auf Errichtung von Werkschulen, in denen neben der Facharbeiterausbildung zugleich Erziehungsarbeit im Sinne der Wertgemeinschaften getrieben wird; deren besonderer Beobachtung unsererseits bedarf. Festzustellen ist auch, daß man der „Dinta“-Arbeit auf allen Gebieten unserer Industrie begegnet, und deren gewerkschaftsfeindlicher Einfluß, sobald deren Schüler in die Betriebe zurückkehren, deutlich spürbar ist. Es ist deshalb an der Zeit, daß wir uns mehr als bisher mit der Facharbeiterfrage und mit den Ausbildungsmöglichkeiten der Facharbeiter beschäftigen.

In der Lehrlingsausbildung sind zur Zeitzeit wesentliche Veränderungen gegenüber früherer Zeit zu beobachten. Das Arbeitsverfahren, das immer komplizierter wird, spornst zu Leistungen an, die von den Jugendlichen kaum mehr bewältigt werden können. Es ist deshalb notwendig, daß die Grundlagen für Lehrverträge in den Tarifverträgen verankert werden. Daß der Facharbeiterausbildung und den Lehrbedingungen größeres Augenmerk unsererseits geschenkt werden muß, geht auch aus der geringen Zahl, der zum Textilarbeiter-Schulunterricht fähigen hervor.

Die Forderungen, die der Deutsche Textilarbeiterverband im Interesse eines geregelten Facharbeiternachwuchses erhebt, sind:

Ausbau der Berufsberatung, Schaffung des Berufsschulgesetzes und Schaffung des Berufsausbildungsgesetzes, deren Verwirklichung mit allem Nachdruck angestrebt werden muß.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung „Bericht über den Stand der Textilarbeiter-Jugendbewegung“ referierte Kollege Gebauer-Berlin. Er führte aus, daß sich das Interesse für dieses Gebiet der Gewerkschaftsarbeit wesentlich gesteigert hat. Die älteren Funktionäre wählten der Heranbildung jüngerer Kräfte mehr Aufmerksamkeit — trotz der vielen Hindernisse, die ihnen dabei entgegenstehen. Nicht nur die Sportbewegung, sondern auch viele unbedeutende Vereine und Vereine ziehen viele Jugendliche an und erschweren ihre gewerkschaftliche Zusammenfassung sowie die Gewöhnung an ein bestimmtes Organisationsleben. Damit die Zentrale über das Gruppenleben stets eingehend unterrichtet sei, ist eine regelmäßige und eingehende Berichterstattung unerlässlich. Wir haben Gruppen, die in jeder Hinsicht tadellos arbeiten; aber aus übergroßer Bescheidenheit lassen sie meistens von ihren Erfolgen nichts wissen. Dadurch ist es unmöglich, anderen Gruppen manche gute Anregung zu vermitteln. Das Jugendsekretariat hofft, in Zukunft auch von den Gausleitungen in bezug auf Berichterstattung mehr noch als bisher unterstützt zu werden. Die weiteren Ausführungen des Referenten beschäftigten sich mit der Arbeit in den einzelnen Abteilungen. Dort, wo wir Jugendleiter haben, die dem Jugendlichen nicht als Autoritätsmenschen entgegenreten, sondern ihm Freund und Kamerad sind, finden wir einen Arbeitsgeist, der noch manches Erfreuliche für die Zukunft erhoffen läßt. Die Lösung der Organisations- und Bildungsfragen wird durch Herausgabe neuer Materials in nächster Zeit einen weiteren Antrieb erhalten. — Die Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Jugendorganisationen soll in kameradschaftlichem Geiste erfolgen; das hat natürlich nicht unter Außerachtlassung unserer Grundzüge zu geschehen. — Bei unserer Arbeit wollen wir uns zumindestens der Mittel bedienen, die uns regulär zur Verfügung stehen. Unsere Jugendzeitung, die monatlich erscheint, muß jedem organisierten Jugendlichen zugestellt werden. Nach beendeter Lektüre soll er sie Nichtorganisierten zugänglich machen. Unsere bisherigen Erfahrungen, die wir gemacht haben, zeigen uns, daß bei gutem Willen und etwas Fleiß unsere Tätigkeit auch Erfolg hat.

Aus der darauffolgenden Aussprache über die beiden letzten Referate sei nachstehendes festgehalten. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat großes Interesse daran, die Ausbildung der Textilarbeiter zu fördern. Ein gewisser Berufsstolz wird dadurch erzeugt, der in mancherlei Beziehung notwendig ist. Unser Einfluß auf die Textilarbeiter muß gesichert und gestärkt werden. Niedrige Entlohnung und gegenüber anderen Berufen immerhin noch schlecht zu nennende Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie, die zu besserem Bestreben des Verbandes ist, lassen bei der Berufswahl Jugendliche die Textilindustrie vernachlässigen. Dem zu begegnen ist nur möglich, wenn die Unternehmer ihren Widerstand in der Frage der Verbesserung der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen ausgeben. Der einseitigen, von Unternehmerseite vorgenommenen Facharbeiterausbildung in Verbindung mit wertgemeinschaftlichen Tendenzen vom Schlage der „Dinta“ muß ein Riegel vorgeschoben werden. Die Berufsausbildung muß gesetzlich geregelt werden. Eine unerfreuliche Erscheinung ist auch die Ueberfremdung der Textilindustrie, die zur Schaffung von Wäbdenheimen und dergleichen führt, in denen oft die wichtigsten Zustände zu beobachten sind. Eine Feststellung der Zahl der im Reich vorhandenen derartigen Einrichtungen und Aufzeichnung der diesbezüglichen vorhandenen Zustände wird für dringend notwendig gehalten.

In bezug auf die Jugendarbeit in den Ortsgruppen wurden von den Teilnehmern der Konferenz die in den einzelnen Ortsgruppen gemachten Erfahrungen aufgezeigt und damit ein klares Bild über wirksames Schaffen gegeben. Besondere Aufmerksamkeit erweckten die Ausführungen des Delegierten einer großen sächsischen Stadt, der über das Verhalten der älteren Arbeitskollegen gegenüber den Jugendlichen im Arbeitsraum sprach, das zu mancher Kritik Anlaß gibt und im Interesse der Jugendlichen wie der Gesamtbewegung ein anderes werden muß. Die Zusammenarbeit der Jugendgruppen mit anderen Organisationen wurde als zufriedenstellend bezeichnet und in diesem Zusammenhang auch der Wunsch ausgesprochen, der DGB möge dort, wo es den einzelnen Verbänden nicht möglich ist, eigene Jugendgruppen zu bilden, zusammenfassende Gruppen zu gründen.

Die Konferenz, deren Teilnehmer befeelt waren vom Willen, unsere Jugendbewegung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern, dürfte zweifellos, wie auch Kollegin Niemiera in ihren zusammenfassenden Schlussworten zum Ausdruck brachte, ihre beachtliche Wirkung nicht verfehlen.